Donnerstag, 11. Januar 1923. | Einzelnummer 80 Mark. | 62. Jahrgang. Nr. 7.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 1500.—
in den Ausgabestellen 1600.—
durch Zeitungsboten 1700.—
am Postamt .. 2000.—
ins Ausland 900 deutsche M.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ..... 80.— M. Reklameteil. . 240.— M.
Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 40.— d. M. „ „ Reklameteil 120.— d. M.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Von polnischen und nichtpolnischen Nationalisten.

In der Dezembernummer des „Przegląd Wielkopolski“ klagt St. Kozicki („O reformę konstytucji“) darüber, daß in Polen das polnische Volk nicht mehr die Herrschaft in der Hand hätte, und verlangt eine Änderung der Verfassung vom 17. März zugunsten des polnischen Volkes. „Die Änderung der Verfassung muß die Parole des Tages sein“, schreibt er. Welcher Art die Änderung der Verfassung sein soll, die er wünscht, sagt Herr Kozicki nicht genau. Der Zusammenhang seiner Ausführungen läßt aber erkennen, daß es ihm um eine Zurückdrängung der nationalen Minderheiten und eine Verstärkung der polnischen Mehrheit zu tun ist.

Dazu schreibt der „Przegląd Poranny“ in seiner Ausgabe von Dienstag, dem 9. Januar:

„Zahlen, die als Argument niemals unterschätzt werden dürfen, zeigen, daß die beiden Minderheitsgruppen bei den Novemberwahlen den Sieg davongetragen haben. Die polnischen Nationalisten und der Block der nichtpolnischen Nationalisten. Beide haben, da sie solidarisch an die Wahlurnen herantraten und dank der sie begünstigenden Wahlordnung, in der Nationalversammlung zusammen 321 Mandate erlangt, während die übrigen polnischen Parteien, obwohl sie eine halbe Million mehr Wähler hatten als die polnischen und nichtpolnischen Nationalisten zusammengenommen, im Parlament gerade noch 232 Mandate erreichten. Ein solches Abstimmungsergebnis kann man natürlich kein gerechtes nennen. Denn die Folgen der bei uns geltenden Rechtsvorschriften sind derart, daß die polnische nationalistische Minderheit, die 2 Mill. Wähler weniger hinter sich hat, als die übrigen polnischen nationalen Parteien, deren Stärke sich also zu den anderen polnischen Gruppen wie 5 zu 9 verhält, im Parlamente mit nur einigen wenigen Mandaten in der Minderheit ist. Es ist klar, daß diese Erscheinung als eine Niederlage der großen Mehrheit des polnischen Volkes zugunsten der Minderheit der nichtpolnischen Nationalisten anzusehen ist, die, aus den von der Rechten gebilligten Rechten Nutzen ziehend, in ihrem Feuer des Hasses gegen alles, was nicht nationalistisch ist, ihren Braten gebraten haben.

Wie soll man nun dem Volke „das Recht des Wirtes im polnischen Staate“ sichern?

Zwei Mittel kämen da in Betracht.

Das erste: die Beschränkung der öffentlichen Rechte der nichtpolnischen Nationalisten in dem Sinne, daß sie in der Nationalversammlung keine angemessene und gerechte Vertretung hätten. Das wäre der einfachste und leichteste Ausweg. Es würde z. B. genügen, das Verhältnis der Zahl der Wähler zu der Zahl der auf die Bezirke mit polnischer Minderheit entfallenden Mandate zu ändern oder ohne Umstände die Anzahl der Mandate, die den nichtpolnischen Nationalitäten zum Sejm durchzubringen gestattet sei, zu beschränken. Dann brauchte man sich nicht darum zu kümmern, daß in den Grenzmarken seit Jahrhunderten Minderheiten leben — nicht jüdische und auch nicht deutsche, sondern slawische Minderheiten —, die für den Preis religiöser und nationaler Toleranz bereit wären, sich in kurzer Zeit in loyale Bürger des Staates zu verwandeln. Das geht aber nicht. Der „Przegląd Wszechpolski“ wird sich erinnern, daß die Führer der Parteien, deren Organ er ist, in Versailles den Minderheitenschutzvertrag unterzeichnet haben, der nicht nur besagt, daß die zu ethnographischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten gehörigen polnischen Bürger dieselbe Behandlung und dieselben gesetzlichen und tatsächlichen Garantien genießen sollen, wie die anderen polnischen Bürger (Art. 8), sondern besonders die jüdische Minderheit begünstigt, und, was das peinlichste ist, Polen verpflichtet, seine wichtigsten Artikel (vom zweiten bis zum achten) als Grundrechte anzuerkennen (Art. 1) und in die Verfassung zu übernehmen. — Ein solches Projekt wäre jedoch sehr gewagt, und deshalb versucht es der „Przegląd Wszechpolski“ erst gar nicht, dazu Stellung zu nehmen.

Es bliebe also noch der zweite Weg, der darauf beruhen würde, daß es den polnischen Linksparteien möglich gemacht wird, auf Kosten der Berechtigungen, aus denen am ausgiebigsten die Nationalisten, sowohl die polnischen als auch die nichtpolnischen mit den jüdischen und deutschen Nationalisten an der Spitze den größten Nutzen ziehen, die Wahlordnung in der Richtung einer gerechten Ausdehnung der Wahlrechte auf die kleinen Linksgruppen abzuändern. Dann würde sich das polnische Element kräftigen und der Einfluß des Nationalismus jeglicher Färbung abnehmen. Von einem solchen „Opfer“, das die Kräfte der nationalen Minderheiten zugunsten der polnischen Gruppen schwächen würde, hört man im Organ der Nationaldemokratie auch nichts.“

Das Neue in diesen Ausführungen ist der Versuch, die nationalen Minderheiten im Sejm als angeblich „nichtpolnische Nationalisten“ mit den polnischen Nationalisten zusammen den linksstehenden Parteien gegenüberzustellen. Bis jetzt wurden, umgekehrt, die nationalen Minderheiten als den linksstehenden polnischen Parteien verwandte Gruppen behandelt und mit diesen zusammen den Parteien der Rechten, d. h. eben den polnischen Nationalisten, gegenübergestellt. Der Zweck ist klar: beide Seiten, die Rechte und die Linke, sollen gegen die nationalen Minderheiten mobil gemacht werden. Herr Kozicki will die Stimmung links dadurch zu Ungunsten der nationalen Minderheiten beeinflussen, daß er, vermittelst hübscher Taschenspielerkunststückchen mit dem Wort „Nationalisten“, die Deutschen und Juden als „nichtpolnische Nationalisten“ mit den von ihm bekämpften polnischen Nationalisten in einen Topf wirft. Auf diesen Topf wird eine Etikette geklebt, die den ganzen Inhalt bezeichnen soll, und — schrumm! — ist die Sache fertig. Das ist ungefähr so, als wollte man Rotwein und rote Tinte in eine Flasche gießen, ein Etikett „Rot“ darauf kleben, und dann behaupten: weil beide die gleiche Farbe haben, müßten sie auch gleich schmecken. Oder vielmehr: es ist noch nicht einmal so. Denn die polnischen Nationalisten von der Rechten und die nationalen Minderheiten in Polen haben nicht einmal die gleiche Farbe in irgend einem Sinn. Was Herr Kozicki hier treibt, ist ein irreführender Mißbrauch des Wortes „Nationalisten“. Daß die im Minderheitenblock vertretenen Deutschen und Juden keine „Nationalisten“ sind, geht eben schon daraus hervor, daß sie sich mit einander und mit anderen Nationalitäten (Weißrussen, Ukrainern) zu einem Block vereinigt haben. Sie wollen nicht — wie die polnischen Nationalisten — Vorzugsrechte für eine Nationalität, sondern im Gegenteil gleiche Rechte für alle Nationalitäten in Polen, gleiche Rechte nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Wenn man das „Nationalismus“ nennt, kann man ebensogut Schwarz Weiß und den Hund ein Reptil nennen.

Vor der Besetzung des Ruhrgebiets.

Französische Truppen auf dem Wege nach Mülheim und Essen.

(Sondermeldung des „Posener Tageblattes“.)

Danzig, 10. Januar. Aus Berlin wird unter dem 9. Januar gemeldet, daß am Brückenkopf Mainz seit zwei Tagen große Truppenverteilungen stattfinden. Sämtliche bisher unbesetzten Bahnhöfe im Okkupationsgebiet sind besetzt worden. Seit zwei Tagen ist auch die Paßkontrolle erheblich verstärkt worden. In Duisburg sind im Laufe der Nacht französische Truppenstäbe eingetroffen, denen die Truppen im Laufe des Tages folgten. Die Truppen führen schwere Artillerie und Tanks mit sich. Vortruppen stehen unmittelbar vor der Stadt Essen.

Einzelheiten über die Besetzung.

Infolge des strengen Geheimnisses, das über die französischen Pläne gebreitet ist, gehen verschiedene Meldungen durcheinander, und selbst in eingeweihten Kreisen Frankreichs wird die Ansicht verbreitet, daß **die französische Militäraktion sich nicht auf das Ruhrgebiet beschränken, sondern sich bei fortdauerndem Widerstande Deutschlands gegen die französischen Pläne auf das Maintal ausdehnen werde, um Nord- und Süddeutschland zu trennen.** Dieses Projekt sei in der Tat, wie die ganz französisch gesinnte „Daily Mail“ schreibt, ein Lieblingsplan des französischen Generalstabes. Indessen ist über die wahren Absichten noch nichts Bestimmtes bekannt. Jedenfalls soll der französische Vormarsch nicht erfolgen, ehe der Fälligkeitstermin des 15. Januar abgelaufen ist.

Fernerhin meldete das genannte englische Blatt, daß man in der französischen Regierung sich mit allen Einzelheiten für den Fall, daß die deutschen Fabrikdirektoren und Ingenieure ihre Weiterarbeit unter französischer Verwaltung verweigern sollten, befaßt habe. Die französischen und belgischen Ingenieure würden sofort an die Stelle der deutschen treten und dafür sorgen, daß kein Abbruch im Betrieb der Ruhrindustrie eintrete. Man hofft im Gegenteil eine Steigerung der Produktion herbeiführen zu können. Die Frage der Währung hofft man so zu lösen, daß man ein lokales Geld mit einer soliden Deckung durch Kohlen- und Stahlwerte schaffen will, wodurch die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets gegen die Entwertung des deutschen Geldes geschützt werden soll. Eine Bezahlung in Franken würde einen zu großen Devisenabschub nach der Ruhr im Gefolge haben. Fernerhin wollen die Franzosen die Ernährung der deutschen Arbeiterschaft im besetzten Gebiet verbessern. Darüber sind Pläne im Arbeitsministerium ausgearbeitet worden

Teilnahme Belgiens an der Besetzung.

Der „Intransigeant“ schreibt: Die militärische Teilnahme Belgiens an der Pfänderaktion ist nunmehr beschlossen. Belgien wird mit zwei Divisionen teilnehmen, während im ganzen neun Divisionen eingesetzt werden sollen. Italien wird keine Soldaten in das Ruhrgebiet entsenden, es steht aber in den kommenden Beratungen der Reparationskommission auf seiten Frankreichs. Auch belgische Ingenieure sind zur Übernahme deutscher Fabriken und Werke im Ruhrgebiet bereitgestellt.

Das beabsichtigte Verfahren zur Rechtfertigung der Besetzung.

Die französische Regierung soll angeblich die Absicht haben, nach dem Einmarsch ins Ruhrgebiet Deutschland aufzufordern, Frankreich in der Beschlagnahme des deutschen Staatseigentums und bei der Einziehung der 26prozentigen Ausfuhrabgabe zu unterstützen. Da Deutschland dies ablehnen werde, so werde Frankreich einen hinreichenden Grund zu „militärischen Vorsichtsmaßnahmen“, d. h. zur Besetzung des Landes mit mehreren (man spricht von 7 französischen und 2 belgischen) Divisionen, haben.

Großer militärischer Materialaufwand.

Dem „Journal“ zufolge ist es wahrscheinlich, daß die **Besetzung** von Essen mit einem **großen militärischen Materialaufwand** erfolgen wird, mit Tanks, Maschinengewehren, Automobilen, Panzerautos und Flugzeugen. Der ganze Einmarsch soll eine große militärische Demonstration bedeuten und auf die Bevölkerung einschüchternd wirken.

Man befürchtet Zwischenfälle mit den Engländern.

Die Errichtung eines Zollkordons werde, dem Blatt zufolge, vor allem Schwierigkeiten an der Kölner Grenze begegnen, da der Kordon durch englisches Besatzungsgebiet gelegt werden müßte und somit die französischen Soldaten und Zollbeamten neben die englischen Soldaten gesetzt werden müßten. Man suche gegenwärtig nach Mitteln und Wegen, um Zwischenfällen zu begegnen.

Auch Frankfurt a. M. soll besetzt werden?

Wie die „Tel.-Union“ berichtet, wurden die Bahnhöfe von Neu-Isenburg und Langen, südlich von Frankfurt a. M., die beide im besetzten Gebiet liegen, von den Franzosen wieder mit militärischen Wachen versehen. Die Bahnhöfe waren von den Franzosen seit längerer Zeit geräumt worden. Der beabsichtigte Schritt dürfte mit den militärischen Plänen der Franzosen in Verbindung stehen. Bei den Bahnhöfen handelt es sich um zwei Bahnhöfe der Strecke Frankfurt—Darmstadt, die von dem um den Brückenkopf Mainz geschlagenen Radius geschnitten werden und die schon mehrfach zu Schwierigkeiten des Bahnverkehrs Anlaß gegeben haben. Insbesondere war dies während der vorübergehenden Besetzung Frankfurts der Fall. Eine Zeitlang mußten auf der Strecke Darmstadt—Frankfurt während der Durchfahrt durch das kurze Stück des besetzten Gebietes alle Fenster geschlossen werden. Während einiger Tage mußte der gesamte Verkehr auf der genannten Strecke über eine Offenbacher Nebenstrecke umgeleitet werden.

Die Gewerkschaftsverbände beabsichtigen Kundgebungen.

In den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften des besetzten Gebietes und des Ruhrreviers beschäftigt man sich gegenwärtig mit dem Plan, große Kundgebungen gegen den Einmarsch der Franzosen zu veranstalten. Es ist beabsichtigt, gemeinsame Kundgebungen zu veranstalten, in denen Redner aller Gewerkschaftsrichtungen ohne Unterschied der Partei sprechen sollen.

Die Warschauer Finanzkonferenz.

Am 9. Januar begann um 10 Uhr vormittags im Belvederepalast in Warschau die Besprechung über die Finanzlage des Staates. Den Vorsitz führte der Präsident der Republik. An der Sitzung nahmen teil: Sejmmarschall Rataj, Senatspräsident Trąmpczyński, Ministerpräsident Sikorski, der Leiter des Finanzministeriums Markowski, der Vorsitzende der obersten Kontrollkammer Dr. Zaczek und die ehemaligen Finanzminister Englich, Karpiński, Władysław Grabski, Steczkowski, Michalski und Jastrzębski. Dr. Biliński war durch Krankheit verhindert, an der Konferenz teilzunehmen, übersandte jedoch eine schriftliche Darstellung seiner Ansichten.

Die Sitzung dauerte von 11 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends mit einstündiger Unterbrechung. Nach einer allgemeinen Aussprache wurden die schriftlichen Darlegungen der Ansichten der einzelnen ehemaligen Finanzminister verlesen, meist längere sachliche Ausführungen, deren Verlesung lange Zeit in Anspruch nahm. Dann wurde ein Ausschuß gewählt, und zwar der Staatspräsident Wojciechowski als Vorsitzender und die ehemaligen Minister Steczkowski, W. Grabski, Michalski und Jastrzębski. Dieser Ausschuß soll die Denkschriften der ehemaligen Finanzminister nochmals eingehend prüfen und auf Grund dieses Materials seine Anträge stellen. Über diese Anträge wird in der nächsten Sitzung beraten werden. Der Staatspräsident hat außerdem 40 Denkschriften durchgesehen, die an ihn persönlich von Privatpersonen gerichtet wurden. Einige in diesen Denkschriften ausgesprochene Gedanken werden ebenfalls in der nächsten Beratung zur Sprache kommen. Unter den Teilnehmern an den Beratungen herrscht die Überzeugung, daß die Ergebnisse der Beratungen für die Gesundung der Staatsfinanzen sehr nützlich sein werden.

Eine neue Emission.

Das Finanzministerium hat dem Sejmmarschall einen Entwurf zugehen lassen betr. Ausgabe einer vierten Serie von Schatzscheinen für den Betrag von 100 Milliarden Mark.

Polnisches.

Amtliche Feststellungen zu den Vorgängen am 11. Dezember.

Die Kommission des Innenministeriums zur Aufklärung der Unruhen am 11. Dezember 1922 hat ihre Tätigkeit beendet und das nötige Material über die Geschehnisse und über den Grad der Verantwortlichkeit der örtlichen Verwaltungsbehörden und der Polizei zusammengetragen. Sie hat bereits am 30. Dezember 1922 dem Innenministerium das zum Teil ausgearbeitete Ergebnis ihrer Arbeiten mitgeteilt in Form von sehr wichtigen Anträgen, die angenommen und zur sofortigen Ausführung weitergegeben wurden.

Eine Novelle zum Gesetz über die Standgerichte.

Das Innenministerium hat dem „Kurjer Czerwony“ zufolge eine Novelle zum Gesetz vom 30. Juni 1919 über die Standgerichte eingebracht. Die Novelle sieht vor, daß die des in Art. 99 des Strafgesetzbuches vorgesehenen Vergehens Schuldigen, d. h. des Anschlags auf das Leben oder die Sicherheit von Personen, die die höchsten Posten der Republik innehaben, vor das Standgericht gestellt werden sollen.

Freilassung des Redakteurs Nowaczyński.

Der kürzlich verhaftete Redakteur des „Myśl Narodowa“, Adolf Nowaczyński, ist am Dienstag vormittag wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Aus der polnischen Presse.

Die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Warschau gibt der Presse der Rechten Anlaß zu bissigen Angriffen auf die gegenwärtige Regierung. Die „Gazeta Poranna“ schreibt: „Gefühle des Dankes kann die Aufhebung des Ausnahmezustandes bei uns nicht wecken. Wir können darin auch kein Entgegenkommen gegenüber den nationalen Parteien sehen. Für alle logisch Denkenden stand es außer Zweifel, daß der Ausnahmezustand nicht nur unberechtigt, sondern auch überflüssig und schädlich war. Er hat im Auslande einen für Polen sehr ungünstigen Eindruck hervorgerufen, der der wirklichen Lage der Dinge im Lande nicht entspricht. Statt der Beruhigung, die sein Zweck war, hatte er eine Verschärfung der politischen Verhältnisse herbeigeführt. Die Repressalien gegen das nationale Lager und seine Presse und die Duldung der Angriffe und Verleumdungen, die von der Presse der Linken ausgingen, können kein Weg zur Beruhigung sein. Die Regierung des Generals Sikorski, die ihre Entstehung ungewöhnlichen und künstlich aufgebauschten Umständen verdankt, kann bei der Bevölkerung ebensowenig Anerkennung finden wie der unglückselige Ausnahmezustand.“

Pfänderpolitik und Vernichtungs-politik.

Die Pariser Konferenz ist gescheitert, — gescheitert an den Forderungen Frankreichs, die so weit gingen, daß sie selbst nach den bisherigen Pariser und Versailler Erfahrungen überraschen mußten. Was Frankreich jetzt tut — darüber kann kein Zweifel sein — ist eine Überspannung des Bogens. **Das deutsche Angebot an die Entente war, wie jeder wirtschaftlich Unterrichtete weiß, das Außerste, was Deutschland überhaupt unter den gegenwärtigen Umständen leisten könnte.** Deutschlands bisherige Zahlungen haben es bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit — oder darüber hinaus? — gebracht. Was Deutschland bis jetzt gezahlt hat, das ist merkwürdig wenig bekannt geworden. Und es sollte bekannt sein. Hier sind die Zahlen. Sie mögen sprechen:

1. **11,7 Milliarden Goldmark liquidiertes deutsches Eigentum im Auslande,**
2. **7,3 Milliarden Goldmark Wert der ausgelieferten deutschen Handelsschiffe,**
3. **7 Milliarden Goldmark Abtretung der Ansprüche Deutschlands an seinen ehemaligen Bundesgenossen,**
4. **4,7 Milliarden Goldmark Reichseigentum in den abgetretenen Gebieten,**
5. **3 Milliarden Goldmark zurückgelassenes Gut in den geräumten Gebieten,**
6. **1,1 Milliarden Goldmark Wert der Saargruben.**
7. **1,6 Milliarden Goldmark Wert der abgelieferten Eisenbahnen und Kraftwagen,**
8. **1,85 Milliarden Goldmark periodische deutsche Sachleistungen,**
9. **1,5 Milliarden Goldmark Barzahlungen,**
10. **6 Milliarden Goldmark (ungefähr) für Besatzungskosten, interalliierte Kontrollkommissionen, Zahlungen im Ausgleichsverfahren usw.**

Zusammen mehr als 45 Milliarden Goldmark, d. h. mehr als das Elffache der Kriegsentschädigung, die Frankreich im Jahre 1871 zahlte.

Diese phantastischen Leistungen haben Deutschland ruiniert und zahlungsunfähig gemacht, wie es die Reparationskommission selbst am 31. August 1922 anerkannt hat. Trotzdem will der Kanzler und mit ihm die deutsche Industrie und Bankwelt als Reparationsgesamtleistung Deutschlands eine feste Summe auf sich nehmen, die durch internationale Anleihen aufgebracht werden muß.

Dies Deutschland zum mindesten bis an die alleräußerste Grenze seiner Leistungsfähigkeit belastende Angebot Cunos hätte Frankreich, wenn es klug war, sofort annehmen sollen, denn dann hätte es in nächster Zeit eine große Geldsumme in Bar erhalten. Aber wie die Franzosen auch jetzt noch im Herzen denken, sehen wir ja schon an der Ablehnung des deutschen Vorschlages, für ein Menschenalter keinen Krieg ohne vorherige Volksabstimmung zu führen. Sie wollen ja gar kein Geld, sondern Deutschlands Verelendung, Zerstückelung, Untergang! (Vgl. dazu die polnische Presseäußerung im gestrigen „Pos. Tagebl.")

Poincaré hat daher nicht nur das deutsche Angebot, sondern auch die englischen Reparationspläne als undiskutabel abgelehnt! Ja, er droht sogar schon mit Pfänderbeschlagnahme, mit der Rheinlandszollgrenze, und gar mit Loslösung des Rheinlandes, oder mit der Besetzung des Ruhrgebietes.

„Pfänderpolitik ist Vertragsbruch," sagte der deutsche Reichskanzler Dr. Cuno. Poincarés jetzige Politik ist keine Pfänderpolitik mehr. Sie ist eine Vernichtungspolitik. Am Ende dieses Weges steht die Vernichtung Deutschlands. Und dahinter?

*

Die Montagssitzung der Reparationskommission.

Über die Montag-Sitzung der Reparationskommission wurde folgendes amtliches Kommuniqué ausgegeben: Die Reparationskommission ist heute (Montag) um 3 Uhr zusammengetreten, um die deutschen Sachverständigen anzuhören. Über den Fehlbetrag der Kohlenlieferungen an Frankreich im Jahre 1922 ist von seiten der französischen Delegierten die Feststellung der vorsätzlichen Nichterfüllung beantragt worden. Die Anhörung der deutschen Sachverständigen wird morgen (Dienstag) beendet. Die Reparationskommission wird in dieser Sitzung in die Beratung über die Schlußfolgerungen eintreten.

Verstärkte Ententekontrolle in München.

Wie die „Münchner Ztg." meldet, sind in den Münchner Hotels neue militärische Mitglieder der Ententekommission abgestiegen. Das Blatt bemerkt dazu, General Nollet habe die Münchener Kontrollkommission um ein halbes Dutzend Offiziere verstärkt, weil er zu der Ansicht gekommen sei, daß die Kontrolle über die Entwaffnung Deutschlands noch viel Arbeit kosten werde.

Protestaufruf der rheinischen Sozialdemokratie.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei für die obere Rheinprovinz hat folgenden Aufruf erlassen: „Dem rheinischen Volk stehen, wenn nicht alles täuscht, schwere Tage bevor. In Paris sind die Würfel gefallen. Einige wenige Personen maßen sich an, über das Schicksal von Millionen von Menschen selbstherrlich zu entscheiden, das Selbstbestimmungsrecht einer politisch und kulturell hochstehenden Bevölkerung zu mißachten. Die Geschichte wird darüber ihr Urteil sprechen. An Euch aber, Parteifreunde, wenden wir uns in dieser Stunde mit dem Appell: Schart Euch um unser Banner und folgt der Losung der Parteileitung! Habt Vertrauen und bewahrt Disziplin. Eine gewaltige Erregung geht durch die Massen der Bevölkerung. Darum ist Besonnenheit doppelt vonnöten. Niemand lasse sich zu übereilten Schritten verleiten, und jeder hüte seine Zunge, denn der Spitzel geht um. Also Gewehr bei Fuß! Ruhe, Besonnenheit und Vertrauen! Die Parteileitung wacht. Sie wird zur gegebenen Zeit die erforderliche Parole ausgeben."

Ein Dementi zur Pariser Meldung über Rußlands Haltung.

Die von der Tel.-Union mit allem Vorbehalt gebrachte Meldung über eine angebliche Absicht der Sowjetregierung, für den Fall der Ruhrbesetzung alle Staatsangehörigen der Entente in Rußland zu verhaften, wird von amtlicher Seite nach einer Rückfrage in Moskau dementiert.

Die Zustimmung Italiens.

Italienische Blätter betonen die Notwendigkeit einer engen Anlehnung Italiens an Frankreich, wobei dessen Ruhraktion möglichst zu mildern sei. Das Verhalten Englands wird verurteilt, und man betont, daß jetzt Italien mit Frankreich und Belgien zusammen eine lateinische Entente bilden müsse. Andere Blätter, darunter das faszistische Organ „Giornale di Roma", äußern Bedenken gegen die französischen Pläne. Das faszistische Blatt meint, die Bildung eines antienglischen Kontinentalblockes birge große Gefahren. Auch müsse man die Wirkung eines solchen Vorgehens auf die Haltung Amerikas erwägen. „Messagero" meint, die Ruhrbesetzung bedeute keineswegs Krieg mit Deutschland, sondern nur die Prämisse für eine direkte Verständigung Frankreichs mit Deutschland. (Wie man sieht, ist den Italienern nicht ganz wohl bei dem Gedanken an das wachsende Übergewicht Frankreichs auf dem Festlande von Europa. Die Red.)

Die Unterstützung Italiens für Frankreich auf der Pariser Konferenz erklärt sich vor allem aus verschiedenen Konzessionen und Abmachungen zwischen beiden Staaten. Die Verhandlungen über Einwanderung von 300000 italienischen Arbeitern nach Frankreich stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Als Gegenleistung will sich Italien verpflichten, die Einfuhr halbfertiger Produkte der französischen Hüttenindustrie und die Einwanderung französischen Kapitals nach Italien zu gestatten.

Amerika wird nichts gegen Frankreich tun.

Das Kriegsamt der Vereinigten Staaten begünstigte seit längerer Zeit den Plan einer Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein. Gerade in diesen Tagen ist jedoch der Staatssekretär Hughes mit seiner Politik gegen das Kriegsministerium durchgedrungen und die U.-S.-A.-Truppen werden am Rhein bleiben. Hughes hat das Kriegsamt überzeugt, daß bei der gegenwärtig sehr heiklen politischen Lage eine Zurückziehung der Truppen als eine Aktion gegen Frankreich aufgefaßt werden könnte, was unter keinen Bedingungen der Fall sein dürfte. ebensowenig dürfe die amerikanische Politik Anlaß dazu geben, daß Deutschland aus ihr den Schluß ziehe, in Amerika eine Stütze gegen die französische Besetzung des Ruhrgebietes zu finden.

Abwartende Politik des Präsidenten Harding.

Mit irgendeiner amerikanischen Aktion in europäischen Angelegenheit ist im Augenblick nicht zu rechnen. Die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Reparationskommission und am Reparationsproblem überhaupt hängt ganz und gar von den nächsten Schritten der französischen Regierung ab. Hughes wird keine neue Anregung ergehen lassen. Die persönliche Ansicht des Präsidenten Harding soll zwar dahin gehen, daß die Wichtigkeit des Reparationsproblems von der Kompetenz der Reparationskommission allein nicht bewältigt werden könne, trotzdem ist jedoch der verantwortliche Leiter der Außenpolitik vorläufig gegen jede weitere Initiative. In der Zwischenzeit wird die Regierung die Verhandlungen mit England wegen der Kriegsschulden weiterführen, ohne das Reparationsproblem einzubeziehen.

Wahrscheinlich Kompromiß mit England in der Schuldenfrage.

Die Regierung der Vereinigten Staaten wünscht nicht einen Druck auf den Sterlingkurs auszuüben und den Dollar noch mehr in die Höhe zu treiben, da dies große Nachteile für die amerikanischen Handels- und Industriekreise nach sich ziehen würde. Man glaubt deshalb allgemein, daß in der Schuldenfrage ein englisch-amerikanisches Kompromiß zustande kommen wird, das dann dem Kongreß vorgelegt werden soll. Die Führer der Kongreßparteien hatten vor einiger Zeit beschlossen, in der gegenwärtigen Tagung, die am 4. März zu Ende geht, die Schuldenfrage nicht mehr zu behandeln. Bei dem allgemeinen Interesse für diese Angelegenheit wird dieser Beschluß aber nicht aufrecht zu erhalten sein. Dies würde dann eine allgemeine Diskussion der Frage der Kriegsschulden nach sich ziehen und zum mindesten beweisen, daß die kleine Gruppe, die den Plan einer allgemeinen Annullierung und Schuldenstreichung verficht, keine Aussichten auf Erreichung ihres Zieles hat.

Feste Haltung Deutschlands gegenüber Frankreich.

Die Reichsregierung ist zurzeit mit der eingehenden Prüfung der Rechtslage Deutschlands in der Richtung beschäftigt, welche Konsequenzen aus der etwaigen Feststellung von den Verfehlungen Deutschlands durch die Reparationskommission sich ergeben würden. Es kann kein Zweifel bestehen, daß ein isoliertes Vorgehen der französischen Regierung, welches diese aus angeblichen Verfehlungen Deutschlands herleiten würde, nur als **Rechtsbruch** angesehen werden kann. Fände ein solches isoliertes Vorgehen Frankreichs statt, so würde die Regierung sich schlüssig zu machen haben, welche Folgerungen sie daraus zu ziehen hätte. Keinesfalls wird sie sich in Sonderverhandlungen mit Frankreich einlassen, **auch nicht unter dem Druck von Drohungen.** Sie steht auf dem Standpunkt, daß sie es nur mit der Entente im ganzen zu tun hat und nicht mit einzelnen alliierten Regierungen.

In einer Ministerversammlung wurde festgestellt, daß ein bewaffneter Widerstand gegenüber dem Einmarsch von 9 französisch-belgischen Divisionen mit allem Kriegsgerät seitens des entwaffneten Deutschland nicht in Frage kommen kann. Die Folgerungen aus dem Vertragsbruch Frankreichs werden jedoch gezogen werden.

Reichskanzler Cuno soll die Absicht haben, die deutschen Sozialdemokraten zum Eintritt in die Regierung **aufzufordern. Man erwartet, daß die Sozialdemokratie dies Angebot annehmen wird.**

Der Bericht Bergmanns.

Staatssekretär Bergmann, der noch am Sonnabend dem Reichskanzler ausführlichen Bericht über seine Pariser Reise erstattet hat, hat auch die übrigen Mitglieder des Kabinetts über seine Reise informiert. Staatssekretär Bergmann weilte während der ganzen letzten Konferenz in Paris und hielt sich in ständiger Bereitschaft, einen großen, ausführlichen Zahlungsplan der deutschen Regierung, den er bei sich trug, den Premierministern vorzulegen, wurde aber von ihnen nicht zugezogen.

Der deutsche Friedensvorschlag.

Der Reichskanzler Dr. Cuno gewährte dem Berliner Vertreter der „Times" eine Unterredung über den von Deutschland vorgeschlagenen Friedenspakt: Er betonte, der deutsche Vorschlag sei nicht eine bloße Geste gewesen, nicht ein Manöver vor der Pariser Konferenz und noch viel weniger ein Freibrief für Überfälle auf andere friedliche Nachbarn, den übelwollende Deutung uns unterlegen möchte. In Wahrheit beabsichtigten wir, ein praktisches Ergebnis in einer Frage zu erzielen, an der die ganze Menschheit interessiert ist. Wir konnten

---

Sidi Marik.

Roman von L. vom Vogelsberg.

([illegible]. Fortsetzung.)

„Herr, erbarme Dich! Ich reiße das Papier mit eigenen Händen herunter — ich habe ja auch schon fünfundzwanzig bekommen, damals — o Herr, o Herr — Allah iarhamkun, Gott erbarme sich Deiner — die Datteln des Beled sind besser als Deine Hiebe — ahiii..."

„Schön, Abu Meck, daß Du den Pfad der Erkenntnis betreten hast, sehr schön. Nun kommt der zweite Teil: wie ist die Sache mit dem Mädchen?" Abu Mecks gelbe Schakalaugen glitzerten.

„Nur Gott ist allwissend, o großer Schech. Wie soll ich wissen, was ich den drei Spitzbuben abgenommen habe, nachdem Du mich bis jetzt gehindert hast, danach zu sehen!"

„Edle Seele, dann habe ich Dir am Ende Unrecht getan? Ich würde es mir nie verzeihen, einem Menschen Unrecht getan zu haben. In einem halben Tag sind wir bei den Beni Humajun. Du wirst mich begleiten und mein Gast sein, damit ich gut machen kann . . ." Wie ein Hund, dem man den Schwanz klemmt, so sauste Abu Meck in seinem Kessel herum.

„O Herr, willst Du mich von den Löwen fressen lassen?! Es gibt keine größere Ehre als die, Dein Gast zu sein, o großer Schech. Aber ich bin zu gering, um sie annehmen zu können. Laß mich in Gnaden ziehen, o Herr der Wüste — agarkum allah, Gott wird Dir's lohnen." Ein ganz unbestimmter Verdacht stieg in Sidi Marik auf, und wieder kam die schleichende Wut über ihn.

„Ist das Mädchen vielleicht vom Stamm der Beni Humajun?"

„Ich weiß es nicht, bei Gott!"

„Ist es vom Stamm der Beni Humajun?" Klatsch!

„Ich weiß es nicht — ahi ahii — ich weiß es nicht, o Herr, aber ich — glaube es — waiwaiwai . . ."

„Das ist schon etwas, wenn Du glaubst. Wer ist das Mädchen?"

„Wie soll ich es kennen, da doch die Beni Humajun meine Feinde sind, obgleich ich ihnen nie etwas zuleide tat."

„Armes Kind, unschuldiges," knirschte Sidi Marik zwischen den Zähnen, „also Du hast genommen, was Du haben konntest, Gauner verfluchter! Hast Du nicht bedacht, was Du anrichtest, Du Himmelhund!" Klatsch. „Verleumder!" Klatsch. „Frauendieb!" Klatsch. — „Ueber dem Feuer der Beni Humajun werde ich Dich rösten" — Klatsch — „an den Beinen aufgehängt" — Klatsch — Klatsch — Klatsch — was nur aus dem Arm herauswollte. Als wenn hundert Hyänen und Schakale ein Sinfoniekonzert veranstalteten, so klang das Gebrüll des Delinquenten von den Felsen wider.

„O Herr, unter Deinen Händen gehe ich zum Paradies ein — ahi — o allerallergrößter Schech — ahii — die Ehrlichkeit ist meine Stärke — hud kursi, ruhe Dich aus und gebrauche Deinen Arm zu besseren Werken, o Herr — waiwaiwai — niemals wurde ein unschuldiger Mensch unschuldiger geplagt, gemartert — o Herr, Du bist grausam in Deinem Zorn — auuuwaaai — gerade trafst Du mich auf die empfindlichste Stelle — auuu ahuhuhuhu . . ." Sidi Marik konnte nicht mehr, verschnaufend ließ er ab. Dann stieg er mit funkelnden Augen nach oben, nahm das Objekt der Züchtigung beim Kanthaken und zog es ebenfalls aus dem Pfuhl der Hölle. Abu Meck mußte vorangehen, und am Pferd angekommen, machte Sidi Marik die Fangleine los. Aber da fing der alte Halunke an, sich förmlich vor ihm zu wälzen.

„O Herr, mildere Deinen Sinn, o größter aller Schechs! Töte mich hier, aber übergib mich nicht den Beni Humajun, die meine ärgsten Feinde sind. Der Herr verfluche mich, wenn ich nicht Wahrheit rede. O Herr, o Herr!"

Etwas wie Mitleid mit dem Schächer kam in Sidi Marik auf.

„Steh auf," sagte er kalt, „Du mußt mit zu den Beni Humajun, in der Wüste würdest Du verhungern. Ich bürge für Dein Leben." Aber Abu Meck konnte seine Zweifel nicht loswerden.

„Dein Wort ist tausendmal besser als Gold, aber die Beni Humajun sind schlimmer als hunderttausend Dschinn. Laß mich gehen in die Wüste, ich kenne den Weg." Mit verschränkten Armen betrachtete Sidi Marik den alten Lumpen. Dann sagte er kurz: „Geh!" Und mit einem Sprung, der dem bestdressierten Hammel Ehre gemacht hätte, schoß Abu Meck an ihm vorbei, unwillkürlich in seiner Gestalt an den Bock gemahnend, der am Osterfest die Sünden des Volkes Israel mit in die Wüste nahm. Sidi Marik stieg auf einen Grad hinauf und hielt Umschau nach ihm. Richtig da stand ein paar hundert Schritte weit der geriebene Spitzbube überlegend im tiefen Sande. Und schon nach wenigen Minuten nahm er wie ein harmloser Spaziergänger den Weg nach der Geisterburg zurück. In Sidi Marik kochte es auf. „Lump, verdammter!" knirschte er und nahm die Flinte herunter. Pang! schallte es, Pang! Zwei Kugeln sausten über den Kopf des erschreckten Gauners hinweg. Abu Meck überschlug sich dreimal im Sande und blieb bewegungslos liegen, ein paar Minuten lang. Dann hob er vorsichtig den Kopf, drehte ihn nach allen Seiten, sprang plötzlich auf, nahm den Burnus hoch und raste mit seinen dürren Beinen davon, als sei die Hölle hinter ihm. Diesmal aber nach der der Geisterburg entgegengesetzten Seite. Ingrimmig lachend stieg Sidi Marik wieder zu seinem Pferde hinab. Da fiel ihm erst das „gerettete" Mädchen ein. „Verfluchter Gauner!" knurrte er noch einmal und klopfte dem Tier beruhigend den Hals. Dann suchte er die Höhle und kroch hinein. Ein langgestrecktes weißes Bündel lag darin. „Ohne Namen und Papiere, wie ein zweifelhafter Untertan", dachte er. Es war eine Frau, und sie hätte ihn anrufen, sich erkenntlich machen müssen. Die Gesetze der Wüste wollen es so. Aber auch das Gesicht war umwickelt. Das arme Wesen schien kaum Atem holen zu können. Sidi Marik rief sie an.

(Fortsetzung folgt.)

zunächst nur den allgemeinen Rahmen für ein Abkommen anbieten, dessen Einzelheiten dann in offener Aussprache zwischen den Regierungen geregelt werden müßten.

Ein französischer Konflikt mit der Schweiz.

Die Politik Poincarés strebt in ihrer fast unglaublichen Verblendung nicht nur auf einen Bruch mit Deutschland zu, sondern sie steuert einem ernsthaften Konflikt mit der Schweiz entgegen, und gerade mit der Frankreich so freundschaftlich gegenüberstehenden Westschweiz. Die Frage der savoyschen Freizonen, über die ein Schweizer-französisches Abkommen getroffen wurde, das im Februar der Volksabstimmung in der Schweiz unterliegt, ist durch die Eigenwilligkeit Poincarés so verschärft worden, daß man kaum noch eine Lösung sieht.

Poincaré ließ in einem savoyschen Blatt erklären, daß er noch vor der Schweizer Volksabstimmung von sich aus die Freiheit der Zonen aufheben und den französischen Zollkordon an die Schweizer Grenze verlegen werde. Dies ist eine klare Verletzung des Artikels 435 des Versailler Vertrages, die das gewiß sehr franzosenfreundliche „Journal de Genève" zu einem Angriff von auffallender Schärfe gegen Poincaré benutzt. „Will denn Frankreich", fragt das Blatt, „in einem Augenblick, wo es sich an den Versailler Vertrag anklammert, sich von einem kleinen Neutralen und befreundeten Lande vorwerfen lassen, einen Artikel dieses Vertrages zerrissen zu haben, weil dieser Artikel ihm nicht paßt? Wenn Frankreich das tut, mit welchem Rechte will es England oder Deutschland einen Vorwurf daraus machen, andere Artikel dieses Vertrages zu zerreißen? Eine solche Verleugnung der Gerechtigkeit könnte ernstere Konflikte nach sich ziehen, nicht für die Schweiz, wohl aber für Frankreich." — Man sieht, wohin die dünkelhafte Überhebung Poincarés führt. Die Sympathien für Frankreich bei den Neutralen dürften wieder einmal etwas abgekühlt werden. Die Wirkungskraft der französischen Propaganda und die Suggestion von Frankreich als dem Gipfel der Zivilisation und dem Schützer der Freiheit wird dadurch auf die Dauer freilich nicht abgeschwächt werden. Die Red.

Die Wirtschaftslage Europas.

Eine Wirtschaftskonferenz in Berlin.

Danzig 9. Januar. In den letzten Tagen haben in Berlin Unterredungen maßgebender Persönlichkeiten der Wirtschaft stattgefunden, die auf eine Wirtschaftskonferenz in Berlin abzielen. Die Anregung dazu geht von russischer Seite aus, aber in den letzten Tagen haben sich auch beachtenswerte amerikanische und englische Kreise in dem Gedanken an eine deutsche Konferenz zusammengefunden, um nach den wenig erbaulichen Ergebnissen der politischen Konferenzen von Spa Genua, London und Paris ihre gegenseitigen Interessen zu wahren und eine Verständigung über Warenaustausch herbeizuführen.

Binnen kurzer Zeit dürften sich nach den Informationen der „Vossischen Zeitung" führende Wirtschafter aus Rußland, Amerika, England und Belgien, vielleicht auch aus Frankreich zusammenfinden, um nach der Methode zu verhandeln, die zwischen Krassin, Urquhart, Krupp und Otto Wolf so überraschende Ergebnisse gezeitigt hat.

Die schwierige Wirtschaftslage Englands.

England hat zwar die Lage seiner Staatsfinanzen durch eine ungeheuer hohe Besteuerung (bes. Einkommensteuer) nach Ende des Krieges in einem recht guten Zustande gehalten. Dafür aber leidet die Industrie und zwar besonders die Bergwerksindustrie die größte Not und ist nicht mehr in der Lage, Gewinne zu erzielen. Auf die Dauer kann dieser Zustand nicht bleiben. Die Kohlengruben, die Eisen- und Stahlwerke, die Maschinenfabriken müssen gewinnbringende Unternehmungen sein, wenn nicht die ganze Arbeiterschaft und mit ihr das ganze englische Volk leiden soll. Die mehr und mehr um sich greifende Arbeitslosigkeit, die schon zu drohenden Schritten und zu einem Anwachsen des Kommunismus geführt hat, ist ein bedenkliches Zeichen für die Zerrüttung des englischen Wirtschaftslebens. Die „Danziger Zeitung" bringt über diese Verhältnisse folgenden Bericht:

An dem Tage, an dem in den Räumen des konservativen Carlton-Klubs die unionistische Partei darüber verhandelte, ob sie Lloyd George die Aufrechterhaltung der Koalition ermöglichen wollte, erschien in Downingstreet eine Deputation der englischen Bergarbeiter, die beauftragt war, in Londoner Regierungsstellen die verzweifelte wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter und der Grubenbesitzer auseinanderzusetzen. Lloyd George hat damals — gemäß dem Brauch als fast schon demissionierter Ministerpräsident —, umgeben von einer Schar von Sachverständigen, die Deputation angehört, ihr aber zu verstehen gegeben, daß er nicht in der Lage sei, sich zu der Sache zu äußern. Die Deputation hatte darauf hingewiesen, daß fast sämtliche Gruben Englands immer noch mit einem Betriebsverlust oder mindestens ohne eine Verzinsung des Anlagekapitals arbeiteten, während die Löhne der Bergarbeiter unter den Kaufwert des Vorkriegslohnes gesunken seien. Nach den Feststellungen der Gewerkschaften betrug im Juli 1914 der Durchschnittslohn des Bergarbeiters in England und Schottland 6,4 Schilling, am 1. Oktober 1922 dagegen 9,08 Schilling. Sollte aber die Lebenshaltung der Vorkriegszeit unter Zugrundelegung des Indexes der notwendigsten Bedarfsartikel und der Mieten aufrecht erhalten werden, so hätte der Durchschnitt 11,56 Schilling betragen müssen. Der derzeitige Lohn des englischen Bergarbeiters stellt also eine Verminderung der Kaufkraft des Reallohnes um rund 20 Prozent gegenüber dem Vorkriegsstandard dar.

Die in verdoppelter Stärke ins englische Unterhaus eingezogene Arbeiterpartei hat nicht nur das Arbeitslosenproblem, sondern auch die englische Montankrise zum Gegenstand ihrer besonderen Aufmerksamkeit gemacht. In den beiden Nachtsitzungen des englischen Unterhauses kurz vor Beginn der Weihnachtsferien hat man sich anläßlich einer Erklärung der Vereinigung der englischen Grubenbesitzer mit der Lage des Kohlenbergbaues beschäftigt. Die Grubenbesitzer haben die traurige Lage ihres Gewerbes und ihrer Arbeiter ausschließlich mit der strikten Durchführung des Siebenstundentages begründet. In jeder einzelnen Grube werde infolge der neuen Arbeitszeit pro Mann und Schicht so viel weniger gefördert, daß kein Überschuß für eine Kapitalrente übrig bleibe. Dieser Standpunkt der Arbeitgeber ist sowohl vom Premierminister Bonar Law als auch vom parlamentarischen Unterstaatssekretär des Bergbauministeriums nachdrücklich bekämpft worden. Bonar Law erklärte: Die Bergarbeiter haben gerade das geleistet, was wir von ihnen gefordert haben. Sie haben derartig gearbeitet, daß sie den größtmöglichen Förderungsstand erreicht haben. Der Unterstaatssekretär wurde noch konkreter, als er sagte, „die Förderung in Großbritannien ist trotz der verkürzten Arbeitszeit fast auf den Vorkriegsstand gestiegen". Damit waren die Vorwürfe der Arbeitgeber endgültig abgetan. Denn mehr konnte man von den Bergleuten nicht verlangen, als eine Gesamtförderung, die trotz Verkürzung der Arbeitszeit um ein Achtel nicht hinter den Vorkriegsleistungen zurückblieb.

Diese in England mehr als im Auslande beachtete Debatte hat in weitesten Kreisen der englischen Öffentlichkeit eine Erörterung über die Zukunft des englischen Kohlenbergbaues in Gang gebracht. Man ist sich in weitesten Kreisen darüber klar, daß der gegenwärtige Zustand der Stagnation des Gewerbes und der Unterbezahlung der Arbeiter nicht fortbestehen kann, und daß es unmöglich ist, sich mit der vorläufig fernliegenden Hoffnung zu trösten, die Bonar Law dahin formulierte: Wir werden warten müssen, bis Produktion und Handel wieder aufleben.

In Kreisen der englischen Industrie, vor allem in den Gewerben, die viel besser durchorganisiert sind als der Kohlenbergbau, steht man auf dem Standpunkt, daß die Grubenbesitzer ihre lose Arbeitgebervereinigung, die keine anderen Ziele kennt, als die Abwehr von Arbeiterforderungen, umwandeln müßten zu einem straffen Kohlensyndikat nach deutschem Muster, das Produktion, Absatz und Preise souverän zu regeln habe. Die Sozialpolitiker der Arbeiterpartei, Vertreter von Konsumenteninteressen in den Reihen der Liberalen und bei den Konservativen, Sir Eric Geddes vertreten die Forderung, man müsse den Kohlenbergbau erst verstaatlichen und dann durch gemeinwirtschaftliche Unternehmungen betreiben lassen, an denen der Staat und die Kommunalverbände zu beteiligen seien. Die Gegner des Staatsbetriebes, die Liberalen aus Nordengland, befürworten eine Kompromißlösung: es soll den Grubenbesitzern gestattet sein, ein straffes Syndikat zu gründen, wenn sie sich bereit erklären, die Gewinne des Gesamtgewerbes zu begrenzen und den Staat durch Aufsichtsorgane bei der Preisgestaltung und bei der Verwendung der Überschüsse zur Dotierung der Fonds für technische Verbesserungen mitbestimmen zu lassen.

Die Not der englischen Bergwerksindustrie ist vor allem eine Folge der deutschen Kohlenlieferungen (gegen zwei Millionen Tonnen monatlich) an Frankreich auf Grund des Friedensvertrages. Dies Land braucht keine Kohlen mehr von England zu beziehen. Dafür leidet Deutschland den bittersten Mangel an Kohle für die Industrie und für den Hausbrand und ist sogar gezwungen, englische Kohle zu sehr hohen Preisen zu beziehen, wodurch aber der Verlust des großen französischen Marktes für England nicht im mindesten ausgeglichen wird. Diese Sachlage vor allem veranlaßt die englische Arbeiterpartei, eine Revision des Friedensvertrages von Versailles zu fordern. Mit Rücksicht auf diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die durch die französische Reparationspolitik mehr und mehr vergrößert werden, hat Bonar Law sich von Frankreich und von seiner verblendeten Politik, die auch den englischen Handel empfindlich schädigt, abgewandt.

Aus den Randstaaten.

Eine litauische Volkszählung.

Wie die Kownoer Blätter melden, ist das litauische statistische Zentralbureau damit beschäftigt, die erste litauische Volkszählung vorzubereiten. Über den Termin der Zählung ist noch nichts bekannt.

Um den Freistaat Memel.

Am Sonnabend fand in Memel eine Versammlung von Vertretern der Bevölkerung statt, auf der beschlossen wurde, die Bildung eines Freistaats Memel zu fordern. In der Resolution wurde festgestellt, daß ein Anschluß Memels an Litauen einen kulturellen Rückschritt bedeuten und unter der Bevölkerung Armut hervorrufen würde.

Sowjetrußland.

Die jetzige russische Regierung.

Der Zentralvollzugsausschuß der Sowjets wählte Lenin zu seinem Vorsitzenden und bestätigte den Rat der Volkskommissare in folgender Zusammensetzung: Vorsitzender: Lenin; stellv. Vorsitzender: Kamieniew; Kommissar für auswärtige Angelegenheiten: Tschitscherin; Kriegskommissar: Trocki; Kommissar für Inneres: Dzierzanowski; Kultus: Łunaczarski; Finanzen: Sokolnikow; Landwirtschaft: Jachowienko; Handel: Krassin; Industrie: Dzierzanowski.

Die obersten Organe der Sowjetföderation.

Zu Vorsitzenden des neuen Bundes-Zentralexekutivkomitees sind in der Schlußsitzung des konstituierenden Bundeskongresses gewählt worden: Kalinin (Sowjetrußland), Petrowski (Sowjetukraine), Narimanow (Transkaukasische Sowjetföderation) und Tscherjakow (Sowjetweißruthenien).

Die konstituierende Bundeskongreß hat die Schaffung folgender oberster Bundesorgane beschlossen: eines Bundes-Rätekongresses, eines Bundes-Zentralexekutivkomitees und eines Bundesrates der Volkskommissare. Die Kompetenzen der neuen Bundesregierung erstrecken sich auf folgende Gebiete: Vertretung in internationalen Angelegenheiten, Fragen der Grenzänderung des Bundesstaates, Aufnahme neuer Mitglieder in den Bundesstaat, Kriegs- und Friedensfragen, Ratifizierung internationaler Verträge, Grundlagen des Außenhandels, Schaffung eines einheitlichen Geld- und Kreditsystems sowie einer einheitlichen Gerichtsordnung, Vereinheitlichung des Post-, Telegraphen- und Transportwesens usw.

Ein neues Attentat auf Lenin?

Aus Berlin wird gemeldet, daß Prof. Klemperer wieder nach Moskau berufen wurde. Im Zusammenhang damit wird von einem neuen Anschlag auf Lenin gesprochen.

Militärische Reformen in Rußland.

Nach einer Meldung des Pariser „Matin" soll sich die Sowjetregierung an Poincaré gewandt haben mit dem Vorschlag, er möchte eine französische Militärmission mit Joffre an der Spitze nach Rußland entsenden zwecks Vorbereitung von Reformen in der Organisation der Roten Armee. Poincaré soll diesen Vorschlag zurückgewiesen haben.

Deutsches Reich.

Politische Kundgebung mit blutigem Ausgang in Arnswalde.

Montag abend fand in Arnswalde eine Versammlung der großdeutschen Arbeiterpartei statt mit dem Thema: „Sozialismus und Judentum". Der Saal war überfüllt. Die Versammlung verlief zunächst ohne jede Störung unter lebhaften Beifallsäußerungen. Als jedoch am Schluß das Deutschlandlied gespielt wurde, versuchten kommunistische Stoßtrupps den Saaleingang zu stürmen, zertrümmerten die Fensterscheiben und stiegen in den Saal ein. Sie waren mit Steinen, Holzknüppeln usw. bewaffnet, die sie mitten unter die Versammelten warfen. Die Polizei erklärte sich machtlos. Mehrere Schwerverletzte mußten in das Krankenhaus eingeliefert werden. Im Anschluß daran besetzten die kommunistischen Stoßtrupps den Bahnhof, wo es wiederum zu blutigen Schlägereien kam. In Anbetracht der gestrigen Vorgänge hat die Parteileitung der großdeutschen Arbeiterpartei eine für Sonntag in Pyritz anberaumte Versammlung abgesagt.

** **Die Zerrüttung der deutschen Volksgesundheit.** Bei einem Empfang im Wohlfahrtsministerium wurden von den Geh. Obermedizinalräten Prof. Dietrich und Krohne einige Mitteilungen über die körperliche und gesundheitliche Verelendung des deutschen Volkes infolge der unmenschlichen Bedrückungspolitik der Entente gemacht. Weite Schichten können die für eine normale Ernährung erforderlichen Nahrungsmittel nicht mehr beschaffen, da die Preise erschreckend hoch sind. Benötigt doch schon eine vierköpfige Familie für den normalen Bedarf an Fett bzw. Margarine eine jährliche Summe von etwa 200 000 Mark. Insgesamt kostet jetzt die normale Ernährung einer solchen Familie mindestens 750 000 Mark jährlich. Die neuesten Berichte aus den preußischen Regierungsbezirken lassen erkennen, daß zahlreiche Familien, namentlich der städtischen Bevölkerung, kleine Gewerbetreibende, Sozialrentner, alte Leute usw., bereits ein ausgesprochenes Hungerdasein führen. Die Meldungen über Todesfälle durch Verhungern, über Selbstmorde aus Verzweiflung und Hunger mehren sich. Besonders bedenklich erscheint die gesundheitliche Zukunft der Kinder (Milchmangel, Skrophulose, Rachitis, Tuberkulose). Der Kohlenmangel hat seit Anfang 1922 ein Anwachsen der Erkältungskrankheiten im Gefolge. Die von der Entente verlangte Ablieferung noch größerer Kohlenmengen wird die Zunahme der Erkältungen weiter verschlimmern. — Der Mangel an Wäsche, die Verringerung der Bademöglichkeiten, die Verteuerung der Seife machen Tausenden eine geordnete Körperpflege unmöglich. Die Folgen sind vielfache Hautkrankheiten und eine Zunahme der Seuchengefahr. Sollten heute Cholera, Pest, Pocken usw. in unser Land eindringen, so würden sie in dem geschwächten deutschen Volkskörper einen günstigen Nährboden finden.

Trotz der Verschlechterung des allgemeinen Gesundheitszustandes leiden auch die Ärzte, Apotheker und Heilanstalten große Not, da die wirtschaftliche Verelendung der Bevölkerung es weiten Kreisen unmöglich macht, ärztliche Hilfe außer im größten Notfalle in Anspruch zu nehmen. Auch die Sozialversicherung ist durch die wachsende Teuerung in ihren Grundlagen bedroht.

** **Milchknappheit in Württemberg.** Da in Stuttgart trotz des hohen Milchpreises von 240 Mark die Frischmilchlieferung immer mehr zurückgeht, so ist die Versorgung der Säuglinge ernstlich gefährdet. Kinder und Kranke erhalten schon lange Zeit nur in Ausnahmefällen täglich ein viertel Liter Milch, während auf dem Lande das Vieh reichlich mit Milch gefüttert wird. Der württembergische Ernährungsminister hat nun mit Erlaubnis des Reichsernährungsministers ein Verbot der Milchverfütterung und die Einschränkung der Verbutterung wieder in Kraft gesetzt und den Viehhaltern, die ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkommen, die Schließung ihrer Zentrifugen angedroht. Auch der Verkauf von Butter und Käse an Leute ohne besondere Ankaufserlaubnis ist streng verboten.

** **Republik und Reichswehr.** In der Montag-Nachmittagssitzung des Reichstagsausschusses zur Prüfung der Vorwürfe gegen die Reichswehr wurde zunächst bezüglich der Zusammenstöße in Königsberg anläßlich der Hindenburgbesuches festgestellt, daß eine Verfehlung seitens der Reichswehr nicht vorlag. Schließlich beschäftigte sich der Ausschuß noch mit der Frage, ob in der Reichswehr republikanische Gesinnung unterdrückt werde. Reichswehrminister Dr. Geßler stellte fest, daß nach seiner Überzeugung die Offiziere ihren Eid ohne Vorbehalt geleistet haben. Im übrigen sei das Ministerium nicht berechtigt, bei seinen Offizieren die Frage zu stellen, ob sie die Republik für die allerbeste Staatsform hielten, sondern es handle sich darum, daß alle Mann der Republik vorbehaltlos und treu dienen.

** **Deutsche Beileidserklärung über das Raschin-Attentat.** Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, v. Maltzahn, hat dem tschechoslowakischen Gesandten das Beileid der deutschen Regierung über das Attentat gegen den Finanzminister Raschin ausgesprochen.

** **Ein Fluchtversuch Techows.** Der Mittäter am Rathenau-Mord, Ernst Werner Techow, hat, wie jetzt bekannt wird, vor einigen Tagen den Versuch gemacht, aus der Strafanstalt Sonnenburg in der Provinz Brandenburg (bei Freienwalde a. O.) zu entfliehen. Techow hatte den Fluchtplan sehr sorgfältig angelegt. Seinen Angehörigen schrieb er, daß er sich mit seinem Schicksal ausgesöhnt habe, und dem Verteidiger teilte er mit, daß er gewillt sei, seine Strafe abzubüßen. Es war ihm gelungen, sich beträchtliche Geldmittel zu verschaffen. Der Plan wurde durch eine unvorsichtige Äußerung an einen Mitgefangenen entdeckt. Der Direktor der Strafanstalt machte daraufhin dem Reichsgericht Mitteilung, das den Oberreichsanwalt Ebermeyer nach Sonnenburg entsandte, der dann Techow zu einem Geständnis veranlaßte. Techow verweigert aber jede Auskunft über seine Hintermänner.

Freistaat Danzig.

Der neue Völkerbundskommissar für Danzig.

Das „Journal de Pologne" erfährt, daß man für den Posten des Völkerbundskommissars in Danzig den Namen eines alten englischen Beamten in Ägypten, Mac Donell, nennt. Die endgültige Ernennung des Völkerbundskommissars für Danzig findet erst auf der nächsten Sitzung des Völkerbundsrats in Genf statt. Diese Sitzung sollte ursprünglich am 8. Januar stattfinden, ist aber nunmehr auf den 25. Januar verlegt.

†* **Unregelmäßigkeiten im Zoppoter Spielkasino.** Bei dem „Monte Carlo der Ostsee", dem Zoppoter Spielkasino, ist man erheblichen Unregelmäßigkeiten auf die Spur gekommen. An einem der letzten Abende wurden plötzlich 17 Angestellte des Kasinos unter dem dringenden Verdacht, sich Unredlichkeiten und Durchstechereien schuldig gemacht zu haben, von der Zoppoter Kriminalpolizei sistiert und einer Vernehmung unterzogen, worauf zwei zwar wieder in den Dienst zurückkehren durften, 15 jedoch einem strafrechtlichen Verfahren entgegensehen. Das Eingreifen der Polizei ist übrigens auf Veranlassung des Angestelltenausschusses erfolgt. Das Kasino hat nicht weniger als 210 Angestellte, die aber nur geringe Gehälter beziehen und im wesentlichen auf Bezahlung durch Trinkgelder angewiesen sind.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil sowie für Handel und Wirtschaftszeitung: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Villa in Puszczykowo
(Unterberg)
mit schönem **Obst- und Ziergarten** ist **zu verkaufen.** Offerten unt. **P. 4888** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Zu kaufen gesucht ein mittelkräftiges
Reit- und Kutschpferd,
5—6jährig, fehlerfrei. [4898
Angebote sind an meine Adresse mit Angabe des Preises zu richten. — **Zu verkaufen** habe ich einen
5jährigen braunen Hengst
(Ostpreußen), vollkommen **fehlerfrei,** mit Stammbaum. Besichtigung erbeten.
Hans Linz, Maschinenfabrik, Rawiez.
Telephon: 16.

Speisekartoffeln zirka 250 Ztr.,
Kraut zirka 5 Ztr.,
Möhren zirka 20 Ztr.,
sofort hier am Orte zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des „Posener Tageblattes".

Suche rektifizierten [4057
Prima Kartoffelsprit
zu kaufen. Bemusterte Offerten erbeten an
A. Stoeh & Co., Memel (Memelgebiet)
Telegr.-Adresse: **Stochco.**

Zur Anschaffung empfehlen wir:
Posener Sprachführer
Polnisch-deutscher Wegweiser
enthaltend:
Straßen und Plätze — Die wichtigsten Behörden und ihre Abteilungen — Eisenbahn — Elektrische Straßenbahn — Post — Gericht — Allerhand Aufschriften in öffentlichen Gebäuden — Aufschriften auf Geschäftsschildern — Speisekarte — Deusches Register usw.
Preis Mk. 100.—,
nach auswärts mit Portozuschlag unter Nachnahme.
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.,
Poznań, Zwierzyniecka 6
(fr. Tiergartenstraße).

Ankäufe u. Verkäufe

1-3 Morgen
Land in Posen oder nächster Umgebung zu kaufen gesucht. Offerten unter Nr. 53,23 an „Par", ul. Ratajczaka 8.

Ein Kolonialwaren-, Papier- oder Galanteriegeschäft
mit oder ohne Grundstück **zu kaufen gesucht,** Offerten mit genauer Beschreibung u. Preisangabe unt. **4919** an d. Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Wolfshund oder Doberman,
dressiert, mannfest, unbedingt zuverlässig, **zu kaufen gesucht.** Angeb. unt. **T. 4914** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Eine fast neue versenkbare
Nähmaschine
zu verkaufen, rückwärts und vorwärts nähend. Ang. unt. **4927** a. d. Geschft. d. Bl. erb.

Sämereien aller Art
für Landwirtschaft u. Gärtnerei, kauft zu höchsten Preisen
Fr. Hartmann,
Oborniki,
Gartenbau und Samenhandlg.

Zu kaufen gesucht
gut erhaltene
Försteruniform
sowie Kutscherlivreen u. Mäntel. **Modrow, Batzek,** Skarszewy (Pomorze).

Masken
offeriert billigst.
S. Kalamajski,
Poznań,
plac Wolności 6.

Ausschneiden! **Ausschneiden!**

Postbestellung.

An das **Postamt**

in ______________________

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Januar 1923

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....



Urbin
der gute Schuhputz



Erhalt' Dir Deine teuren Schuh',
Verwende nur Urbin dazu!
Hersteller: **Urbin-Werke Chemische Fabrik G. m. b. H., Danzig, am Troyl.**

Arbeitsmarkt

Erste Lehrerstelle,
26 Morgen gutes Ackerland mit Wirtschaftsgebäuden zwei Klm. von der Stadt und Eisenbahn. Bewerber wollen sich an den unterzeichneten Schulvorstand wenden. (4911
Beutner, Gemeindevorsteher. **Łęczyce, Kreis Grodzisk.**

Unverheir. Beamter,
beider Sprachen mächtig, zuverlässig und tüchtig, der nach allgemeinen Angaben **wirtschaften** kann,
für 2000 Mrg. großes Gut
zum **1. April gesucht.** — Angeb. unt. **D. L. N. 4896** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Suche zum **sofortigen Antritt einen**
Assistenten.
Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüche an
v. Becker, Kuczków
pow. Pleszew.

Herrschaft Górzno b. Garzyn, Kr. Leszno,
sucht per sofort einen tüchtigen [4900
ledigen Brenner.

Suche zum 1. April 1923
einen jungen,
ev. Rechnungsführer,
der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig, der auch im Felde helfen muß. Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüche einsenden. [4923
Kramer, Jordanowo bei Złotniki Kujawskie, pow. Inowrocław.

[4922
Bäcker,
der Schlachtung übernimmt,
auf sofort gesucht.
Dom. Kotowiecko, pow. Pleszew.

Intelligente, gebildete Dame,
firm in **Stenographie und Maschinenschrift,** findet bei gutem Gehalt **sofortige Stellung**
als Privatsekretärin
in größerer Provinzstadt. Polnische Sprachkenntnisse erwünscht, aber nicht Bedingung. Auf Wunsch freie Station und Familienanschluß. Angebote unt. **T. 4924** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Per bald oder später suche ich eine
Buchhalterin,
wenn möglich auch für Stenographie und Schreibmaschine, letzteres aber nicht Bedingnng. **Gehalt über Posener Tarif.** Offerten mit Gehaltsansprüchen erbeten.
Otto Zeidler, Wolsztyn,
Likör- und Fruchtsaftfabrik. [4828

Eine ältere, erfahrene Wirtin
wird für einen **kleinen Haushalt,** bei einem alten Herrn vom **1. April** oder früher **gesucht.** — Angebote unter **H. 4921** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Wohnungen

Möbliertes Zimmer
für soliden Herrn zu vermieten **Słowackiego 37.** (4920

Möbl. gr. Vorderzimmer
mit voller Pension an zwei Herren zu vermieten. **Ulica Lazarska 2b,** hochpart. r.

Älterer
Stellmacher
als Kastenmacher,
Aelt. Feuerschmiede
für Kutschwagenarbeit. stellt sofort ein
Wagenfabrik Martin
Gniezno (Gnesen).

Gutsstellmacher
mit eigenem Handwerkszeug **gesucht.** [4916
Dom. Górka duchowna,
powiat Śmigiel.

Junger Mann,
der Lust hat das [4918
Molkereifach
zu erlernen, kann zum **1. Februar** in hiesiger **Dampfmolkerei** eintreten. Lehrzeit 1. Jahr 6000 Mk. monatlich.
Pätzold, Ostrowite,
pow. Chojnice.

Gebild. Hausdame
für frauenlosen Gutshaushalt **gesucht.** Damen, die Erfahr. in d. Führung e. Gutshaushalts haben und mögl. eig. Möbel besitzen, wollen sich unt. **Nr. 4917** an die Geschäftsstelle dieses Blattes melden.

Stellengesuche

Suche Anstell. als deutsche
Hilfslehrkraft.
Bin deutsch-kath., 36 J. alt, sehr energisch, habe Lyzeum-Schulbildg. und den Handarbeitslehrkursus absolv. Off. u. **P. 4928** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Förster
mit langjährigen vorzüglichen Zeugnissen sucht bei **deutscher Herrschaft** Stellung. Offerten unter **A. B. 4874** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Diener,
im 30. Lebensjahr mit guten Empfehlungen sucht Lebensstellung als Verheirateter zum 1. 4. 23, evtl. früher. Gefl. Ang. **B. 4929** a. d. Geschst. d. Bl. erbeten.

Für den Verkauf unserer erstklassigen Milchzentrifugen
suchen wir für **Polen** einen bei der einschl. Kundschaft gut **eingeführten, best empfohlenen Herrn** als
Reisenden
gegen **Gehalt und Spesen.** — Bewerber, die der **deutschen** und **polnischen** Sprache mächtig sind, belieben ihr Angebot unter Beifügung eines **Lichtbildes** an uns einzureichen.
MIELE & Cie., Größte Zentrifugenfabrik Deutschlands
Gütersloh i. Westfalen. [4926

Spielplan des Großen Theaters.
Mittwoch, den 10. 1., abends 7½ Uhr: **„Rigoletto",** Oper von Verdi. (Gastspiel Jadwiga Dębicka).
Freitag, den 12. 1., abends 7½ Uhr: **„Die Jüdin",** Oper von Halevy.
Sonnabend, den 13. 1., nachm. 3 Uhr: **„Hänsel und Gretel",** Märchen-Oper von Humperdinck. (Vorstellung für Kinder und Jugend. Preisermäßigung).
Sonnabend, den 13. 1., abends 7½ Uhr: **„Carmen",** Oper von Bizet.
Vorverkauf der Eintrittskarten bei Szrejbrowski, ulica Fredry 1.

Der neue
Posttarif
auf Karton mit Oese
100 M. das Stück
nach auswärts unter Nachnahme mit Portozuschlag ist zu beziehen durch
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań,
ul. Zwierzyniecka 6.

Freitag, den 12. Januar, abends 8 Uhr
Großer Saal des Ev. Vereinshauses
Perikles von Tyrus
Märchenspiel von Shakespeare
Eintrittskarten zu **2000, 1500, 1000** und **600** M. i. Vorverkauf bei **A. Gumnior,** Św. Marcina.

---

3 Zimmer-Wohnung
zum 1. April gesucht.
(Junges Ehepaar, kinderlos).
Angebote unt. **M. 4930** an die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes erbeten.

Wahre Neigungsheirat!
Junggesell., evgl., Anfang 40er, gesund, gute **Existenz,** bestgeordn. Verhältn., mit schönem Besitz und Heim, **sucht gebildete Dame** (auch Witwe) von ca. 25—35 Jahren, christlich gesinnt, häuslich, musikalisch, vermögend, als **wahren treuen Lebenskameraden.**
Vertrauen — Ehrensache.
Näheres erforderliche unt. **P. O. 4867** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Zu kaufen gesucht:
1 eiserne Rutenwelle für Windmühle
bis 21 Ztr. Gewicht. Angebote nur schriftlich an
J. Kajewski, Wielka-wieś, poczta Buk.

Zur Anschaffung empfehlen wir folgende
Kalender für das Jahr 1923:
1 Wandkalender, Oktav, Karton, einseitig, **Mk. 100,**
1 Wandkalender, Großquartformat, zweiseitig, auf dünnem Karton, **Mk. 200,**
Derselbe auf Pappe gezogen **Mk. 400,**
Kleine Taschenkalender, Mk. 300.

Landwirtschaftlicher Kalender für Polen 1923.
144 Seiten, enthaltend: **Kalendarium,** verschiedene **Erzählungen, landwirtschaftl.** u. andere **Aufsätze, Verzeichnis der Jahrmärkte** usw. **Preis Mk. 1200.**

Deutscher Heimatbote
in Polen — für 1923
Großoktavformat **180 Seiten Umfang** mit Illustrationen und Erzählungen, sowie **Märkteverzeichnis** und **nützlichen** Ratschlägen, landwirtsch. Abhandlungen usw.
Preis 700 Mark,
nach auswärts unter Nachnahme mit Portozuschlag.
Alle Kalender sind eingetroffen u. zu beziehen durch:
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ul. Zwierzyniecka 6
(fr. Tiergartenstraße).

Zu sofort
werden noch einige **schulentlassene,** zuverlässige
Knaben oder Mädchen
zum
Zeitungs-Austragen
eingestellt. — Zu melden in der
Hauptgeschäftsstelle ul. Zwierzyniecka 6
(früh. Tiergartenstraße).
(Posener Tageblatt.)

Landwirtssohn, evgl., sucht Stellung als
Eleve auf deutschem Gut. Offerten unt. **B. B. 4925** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 10. Januar.

Der bisherige Wojewode von Posen,

Dr. Witold Celichowski, legte am Montag die Leitung der Wojewodschaftsgeschäfte in die Hände des Vizewojewoden Dr. Cwójdziński und verabschiedete sich von den Beamten der Wojewodschaft. Im Namen der Vereinigung der höheren Wojewodschaftsbeamten hielt Rat Krysiak eine Ansprache, in der er das gute Verhältnis zwischen dem zurücktretenden Wojewoden und den Beamten der Wojewodschaft besonders betonte. Im Namen der mittleren Beamten sprach Herr Krawczyk, im Namen der Verbandes der Staats- und Kommunalbeamten Herr Młokosiewicz. Dr. Celichowski dankte allen Beamten für ihre treue Mitarbeit.

Nach Meldungen polnischer Blätter hat Dr. Celichowski den ihm angetragenen Posten des Wojewoden von Schlesien nicht angenommen. Er gedenkt, aus dem Staatsdienst ganz auszuscheiden.

Der neue Posener Wojewode,

Graf Adolf Bniński, ist Besitzer von Gultów im Kreise Schroda. Er steht jetzt im 39. Lebensjahr. Er besuchte das Gymnasium in Inowrocław und studierte Landwirtschaft in Halle. Nach Einführung der polnischen Verwaltung war er erst Regierungskommissar für den Bezirk Lodz, später Landrat des Kreises Schroda. Seit Dezember 1920 ist er Vorsitzender der Posener Landwirtschaftskammer.

Verschärfte Strafen gegen den Lebensmittelwucher.

Der Innenminister hat an alle Wojewoden ein Rundschreiben folgenden Inhalts gesandt:

„Das Gesetz vom 5. 8. 1922 über die Änderungen vom 2. 7. 1920 legt den Verwaltungsbehörden die Pflicht auf, gegen Wucher aufs schärfste vorzugehen. Die steigende Teuerung und die Unsicherheit in den Preisen und Konjunkturen auf dem Wirtschaftsmarkte schaffen ein ergiebiges Feld für die Tätigkeit unanständiger Elemente zur Ausnutzung der Bevölkerung durch unbegründete Preissteigerungen und Zurückhaltung der notwendigsten Waren, in der Hoffnung, dadurch größere Preise zu erzielen. Außerdem erschwert die Masse der Zwischenhändler den normalen Warenaustausch und steigert die Preise, die sowieso schon hoch genug sind. Mit Rücksicht auf diese Dinge fordere ich die Herren auf, den ihnen unterstellten Organen einzuschärfen, daß sie gegen den Wucher auf das schärfste vorgehen, in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Gesetzes zum Kampf mit dem Wucher."

Einstweiliger Friede zwischen Aerzten und Krankenkassen.

Der Streit der Ärzte mit den Krankenkassen ist am Montag einstweilen auf drei Monate beigelegt worden. Daß der Arbeits- und Wohlfahrtsminister die Vorstandswahl des Krankenkassenverbandes für ungültig erklärte, hatte das Bestehen des Vorstandes aufgehört, mit dem über einen einheitlichen Vertrag verhandelt werden konnte. Infolgedessen hat der Ärzteverband am Montag mittag seinen Mitgliedern in der Provinz empfohlen, örtliche Verträge abzuschließen. Am Montag abend ist ein Vertrag mit dem Vorstande der Ortskrankenkasse geschlossen worden. Seit Dienstag nehmen die Ärzte Krankenkassenmitglieder unter normalen Verhältnissen an. Das Montags-Abkommen hat 3 Monate Laufzeit.

Deutscher Kreisbauernverein Posen.

Der Deutsche Kreisbauernverein Posen hielt Dienstag vormittag von 11½ Uhr ab unter der Leitung seines Vorsitzenden, des Landrats a. D. von Treskow-Owinsk, im kleinen Saale des Evangelischen Vereinshauses seine erste diesjährige Sitzung ab, die gut besucht war.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit den besten Wünschen für das neue Jahr. Auf seinen Antrag wurde der bisherige Mitgliederbeitrag für Landwirte auf 5000 Mark, für Nichtlandwirte auf 500 M. festgesetzt.

Herr von Saenger erstattete darauf einen kurzen Bericht über die neuen Arbeiterverträge, über die seit Wochen in Warschau verhandelt wird. Leider seien die Verhandlungen noch nicht weit vorgeschritten, so daß er eigentlich herzlich wenig berichten könne. Seine Erwartungen seien noch bei weitem untertroffen worden, obwohl er sie schon von vornherein nicht allzu hoch gespannt hatte. Die Verhandlungen werden zwar in streng parlamentarischer Form geführt; die Arbeitnehmer seien eigentlich noch besser vertreten, als die Arbeitgeber. Der zur Beratung stehende Entwurf lehne sich im wesentlichen an die hier geltenden Bestimmungen an, werde jedoch alle Augenblicke geändert, so daß von dem ursprünglichen Entwurf in den 24 bisherigen Beratungstagen herzlich wenig übriggeblieben sei. Besonders schwierig gestaltete sich die Beratung über die Deputate, deren Umfang nach den Wünschen der Arbeitgeber herabgesetzt werden sollte, wogegen eine Erhöhung des Barlohns eintreten solle. Es blieb aber bei den bisherigen 32 Ztrn. Was noch werden wird, sei zweifelhaft. Beabsichtigt sei die Vermeidung der alle Vierteljahre eintretenden Lohnskala durch eine gleitende Lohnskala (in Getreide und Kartoffeln). Im allgemeinen werde der bisherige Verlauf der Verhandlungen skeptisch angesehen. Selbstredend sei er persönlich weiter bemüht, die Interessen der hiesigen Arbeitgeber wahrzunehmen.

Es folgte ein Vortrag des Rittergutsbesitzers von Treskow-Owinsk über die Staatsaufsicht über den Privatwald. Der Zweck des neuen Gesetzes vom 26. 9. 1922, das sich an ein preußisches Gesetz vom Jahre 1876 anlehnt, ist die Nachhaltigkeit des Waldertrages zu sichern. Zu diesem Zwecke wird ein Betriebsplan aufgestellt. Das neue Gesetz verpflichtet die Waldbesitzer, einen Betriebsplan aufzustellen, ihn vom Wojewoden genehmigen zu lassen und darnach zu handeln. Innerhalb 6 Monaten ist dieser Betriebsplan dem Wojewoden vorzulegen. Das gilt für die großen Betriebe. Für die kleineren Betriebe sind die Maßnahmen weniger scharf. Der Antrag muß an den Wojewoden gerichtet werden, daß er von der Aufstellung eines Betriebsplans absieht. Das Verbot des Einschlags, wie es jetzt von der Wojewodschaft erlassen ist, halte er im Interesse der Arbeitnehmer für bedauerlich. Bei der Aufstellung des Betriebsplans halte er die Mithilfe der betreffenden Forstabteilung der Großpolnischen Landwirtschaftskammer oder der Forstberatungsstelle der Labura, die eingerichtet werden soll, für erwünscht. Kommt der Waldbesitzer den Bestimmungen nicht nach, so wird er von der Wojewodschaft zwangsweise dazu angehalten. Wirtschaftlich ist das Gesetz für die Waldbesitzer von größter Bedeutung. Man kann deshalb den Erlaß des Gesetzes, dessen Gedanke gesund ist, nur mit Genugtuung begrüßen. Denn das sinnlose Abholzen der Wälder, wie es Platz gegriffen hat, ist in klimatischer Beziehung sehr zu beklagen; hier wird das neue Gesetz Wandel schaffen.

An den Vortrag schloß sich eine längere Aussprache, in der noch verschiedene Fragen zu dem Gesetz angeregt und beantwortet wurden.

Den Schluß der Versammlung bildete noch eine kurze Erörterung der Auswüchse der Roggenwährung, wie sie zum Teil schon Platz gegriffen hat. hb.

Eröffnung des polnisch-deutschen Güterverkehrs über Zbuny. Die Eisenbahndirektion in Posen gibt bekannt, daß am 1. d. Mts. der provisorische Güterverkehr mit Deutschland für die Einzel- und Waggon-Sendungen in der Richtung Zbuny—Freyhan eröffnet wurde. Der Verkehr findet unter denselben Bedingungen wie bisher über Bentschen, Lissa, Rawitsch und Dratzig statt. Zwecks Entlastung der obigen Stationen, insbesondere Rawitsch und Bentschen, wird ersucht, den Gütertransport auf die neu eröffnete Station zu richten.

Verarbeitungsverbot für Sacharin und andere künstliche Süßstoffe. Die Großpolnische Schatzkammer erinnert daran, daß im ehem. preußischen Teilgebiet die deutsche Verfügung über Süßstoffe vom 7 Februar 1902 rechtskräftig ist. Nach dieser Verfügung ist das Ankaufen, Verkaufen, Aufbewahren von Süßstoffen, sowie das Hinzufügen zu Lebensmitteln bei der Verarbeitung zu Gewinnzwecken nicht gestattet. Diese Süßstoffe haben zwar eine größere Süßkraft, als Stangenrohr- oder Rübenzucker besitzen, jedoch nicht die entsprechende Nährkraft. Ferner ist auch die Einfuhr von künstlichem Süßstoff aus dem Auslande verboten. Die Nichtbefolgung dieses Verbots wird mit einer Strafe bis zu 6 Monaten Gefängnis und 15 000 Mark Geldstrafe oder einer von diesen Strafen geahndet.

Die Eierausfuhr aus Polen. Im Jahre 1922 wurden aus Polen 666 Waggon Eier ausgeführt, darunter 555 über Danzig und 111 über andere Zollkammern. An Ausfuhrgebühren flossen in den polnischen Staatsschatz 3 144 240 000 Mark und an Manipulationsgebühren 43 320 000 Mark. Mit Rücksicht auf das Sinken der polnischen Mark und den großen Preisunterschied auf dem inneren und dem Auslandsmarkt sollen die Gebühren in diesem Jahre bedeutend erhöht werden.

Kammermusik. Der zweite Quartettabend des „Polnischen Quartetts" findet am Donnerstag, dem 11. Januar, im Saale des Evangelischen Vereinshauses statt. Das Konzert beginnt pünktlich um 8 Uhr. Mit Beginn der Vorträge werden die Saaltüren geschlossen. Eintrittskarten bei Bote u. Bock (W. Górski) und abends an der Konzertkasse.

X **Kinokunst.** Im Kino Colosseum geht zur Zeit ein spannendes Volksdrama in fünf Akten „Die Hintertreppe" über die Leinwand, das um so größeres Interesse erweckt, als der bekannte Liebling der Kinobesucher Henny Porten Darstellerin der Hauptrolle ist. Wer sich den Genuß dieses ausgezeichneten Films sichern will, beeile sich, da mit dem morgigen Donnerstag die Vorführung dieses Films zu Ende geht. Daneben werden noch zahlreiche sportliche Einzelfilms vom grünen Rasen vorgeführt.

Allpolnische Photographieausstellung in Posen. Unter dem Protektorat des Oberbürgermeisters Ratajski findet vom 29. April bis zum 6. Mai die erste allpolnische Photographieausstellung in Posen statt, auf der die Berufs-, die Künstler- und die Wissenschaftsphotographie vertreten sein werden.

X **Verschwunden** ist seit dem Neujahrstage aus Lodz ul. Krótka 41. der 13jährige Siegmund Herzfeld. Er hat sich nach der Annahme seiner Angehörigen nach Posen begeben. Der Knabe ist blond, hat blaue Augen, war bekleidet mit grauer Joppe mit Persianerkragen, Zeughosen und Militärschuhen.

Gegen das Banditenunwesen. Das Innenministerium hat den Wojewoden empfohlen, unabhängig von den im Ministerratsbeschluß vom 27. Dezember 1922 aufgezählten Übertretungen, die Bekanntmachung vom 27. Dezember 1922 dahin zu vervollständigen, daß durch Standgerichte mit dem Tode jeder bestraft wird, der sich eines Raubes oder eines Diebstahls fremden Gutes schuldig macht unter Anwendung von Gewalt oder Körperverletzungen oder dadurch, daß der Überfallene des Bewußtseins beraubt wird.

X **Ueberfallen** wurde aus unbekannter Ursache gestern nachmittag gegen 4 Uhr in der ul. Wierzbięcice (fr. Bitterstr.) ein dort wohnender Obersekretär von einem in der ul. Przemysłowa (fr. Margaretenstr.) wohnenden Buchdrucker mit einem stumpfen Gegenstande verletzt.

X **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Im 2. Polizeirevier in der Wielka Garbary (fr. Große Gerberstr.) lagert ein Ziegenfell, das irgendwo gestohlen worden ist.

X **Diebstähle.** Heute Nacht wurde in dem Kolonialwarengeschäft in der ul. Półwiejska 18 (fr. Halbdorfstr.) ein Einbruchsdiebstahl im Werte von 4 Millionen Mark verübt; gestohlen wurden drei Tonnen amerikanisches Schmalz, drei Kisten Seife, verschiedene Flaschen Liköre, 1 Sack Reiß und andere Sachen. Gestohlen wurden gestern: von der Schloßtür am Wały Batorego (fr. Königsring) ein Stück Kupfer 80 Zentimeter lang, 18 Zentimeter breit; aus einer Wohnung des Hauses św. Wojciech 2 (fr. St. Adalbertstr.) Schmucksachen im Werte von zwei Millionen Mark; aus einer Fleischerei in der ul. Strzelecka 26 (fr. Schützenstr.) Wurst- und Fleischwaren im Werte von 90 000 M. aus einer Wohnung św. Marcin 70 (fr. St. Martinstr.) für 200 000 Mark Kostümstoff.

---

* **Bromberg,** 9. Januar. In der Zeit vom Freitag abend bis Montag morgen ist in dem Manufakturwarengeschäft von Alfred Hübschmann, Brückenstraße, ein großer Einbruchsdiebstahl verübt worden. Die Diebe verschafften sich durch eine Wand Zugang zu den Ladenräumen, wo sie 180 Meter verschiedene Anzugstoffe, 150 Meter Stoff für Damenkleider, 20 Gardinen und andere Sachen mehr im Gesamtwerte von 15 bis 20 Millionen Mark entwendeten.

* **Lissa,** 9. Januar. In der Nacht zum 28. Dezember drangen Einbrecher in die Wohnung des Direktors des deutschen Privatgymnasiums, Dr. Vinzent. Sie entwendeten Kleidungsstücke im Gesamtwerte von drei Millionen Mark.

p. **Samter** 10. Januar. In Sachsenhof im hiesigen Kreise wurden beim Domänenpächter Dr. Moraczewski Wäsche- und Kleidungsstücke im Werte von über eine Million Mark gestohlen.

Aus Ostdeutschland.

* **Schweidnitz,** 9. Januar. Am 4. d. Mts. vergnügte sich eine Anzahl Kinder auf dem Bräuerteiche im nahen Teichenau mit Schlittschuhlaufen. Gegen ½6 Uhr hörte man gellende Hilferufe. Die Eisdecke hatte nachgegeben und 6 Kinder verschwanden in die Tiefe. Ein Sechzehnjähriger konnte sich noch retten, machte auch Versuche, zwei seiner kleineren Geschwister an Land zu bringen; das Eis brach aber immer wieder, und er mußte sein Rettungswerk aufgeben. Die Kriegerwitwe Jüptner hat ihre drei Kinder im Alter von 8 bis 12 Jahren, der Arbeiter Kinner zwei ebenfalls noch schulpflichtige Kinder verloren.

Eingesandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr bezüglich des Inhalts gegenüber dem Publikum, sondern nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Jarotschin, 9. Januar 1923.

Wir bitten um Aufnahme folgenden Artikels unter „Eingesandt":

Ein unangenehmes Erlebnis mit der deutschen Wandertruppe zwingt uns zu öffentlicher Stellungnahme.

Die deutschen Wanderspiele, Leitung Marowski, hatten zum 7. Januar ein Gastspiel zugesagt. Sie hatten sich bereit erklärt, auf eigenes Risiko zu spielen. Alles war vorbereitet worden. Die Quartiere waren besorgt, die Genehmigung lag auf dem Rathaus. Der Bürgermeister wollte sie unterschreiben, und zwar Sonntag, nachdem er den Schein gesehen hatte. Am Sonntag mittag war alles Erforderliche geschehen. Nachmittags um 5 Uhr sagte die Truppe das Spiel ab, und zwar gab Herr Marowski als Grund an, daß die Genehmigung nicht da wäre. Diese Behauptung ist nicht stichhaltig, und da Herr Marowski diese Äußerung öffentlich tat, sehen wir uns zu dieser öffentlichen Stellungnahme gezwungen. Denn von der hiesigen Geschäftsleitung war alles ordnungsgemäß eingeleitet. Die Empörung der in außerordentlich großer Zahl zu diesem Theaterabend Erschienenen war natürlich sehr groß, und die Truppe darf sich nicht wundern, wenn sie in hiesiger Gegend keine Sympathien mehr findet. Sie hat sich außerdem um eine glänzende Einnahme gebracht.

Beyer.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

= **Die Tabakindustrie** macht gegenwärtig eine schwere Krise durch. Die Produktion von Tabakwaren schmilzt immer mehr zusammen. Im Monopolamt werden gegenwärtig Vorbereitungen zu einer Änderung im System des Verkaufs von Tabakfabrikaten getroffen. Die neue Organisation, die das System der österreichischen Trafiks zum Muster haben soll, wird höchstwahrscheinlich am 1. April in Kraft treten. Die Zahl der bisherigen Tabakkonzessionen soll bedeutend verringert werden.

= **Anfertigung von Damenhüten in Warschau für Amerika.** Nachdem bereits im vorigen Winter ein nach Warschau zugereister Amerikaner die Fabrikation von Damensommerhüten zum Export nach Amerika aufgenommen hatte, sind jetzt, wie der „Kurjer Poranny" mitteilt, noch zwei Amerikaner in Warschau eingetroffen, die sich ebenfalls diesem Fabrikations- und Exportzweige zuwenden wollen.

Kurse der Posener Börse.

(Offiziell.)

Wertpapiere und Obligationen:	8. Januar	9. Januar
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	175 + A	180—175 + N
Bankaktien:		
Bank Centralny I.—III. Em.	—,—	650 + N
Bank Dysk., Bydgoszcz-Gdańsk Em.	450 + N	450 + N
Bank Poznański	400—450 + A	—,—
Kwilecki, Potocki i Ska.	—,—	1100—1200 + N
Bank Przemysłowców (ex. Zukaufsr.)	550 + N	550—600 + N
Bank Zjednoczenia I. Em.	600 + N	—,—
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	1050 + A	1050—1025 + A
Polski Bank Handlowy, Poznań	1200 + N	1200—1250 + N
Bozn. Bank Ziemian I.—IV. Em.	480—490 + N	490—500 + N
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	—,—	550 + N
Bank Młynarzy	400 + A	375 + N
Bank M. Stadthagen-Bydgoszcz I.—IV. Em.	1200 + N	1200 + N
Industrieaktien:		
Arcona	2450 + N	2400 + A
Bydgoska Fabryka Mydeł	850—800 + N	850 +
R. Barcikowski (exkl. Kup.)	1100—1200 + N	1400 + N
Brzeski Auto I.—II. Em.	700 + A	700—725 + A
H. Cegielski I.—VIII. Em.	5700—5600 + N	5700—5850 + N
Centrala Rolników I.—V. Em.	450 + N	—,—
Centrala Skór	2700 - 2750 + A	2800 + A
C. Hartwig I.—V. Em. (exkl. Kup.)	1100—1150 + A	1150—1175 + A
Hartwig Kantorowicz	3200—3300 + N	3400—3500 + N
Homosan I.—III. Em.	900 + N	—,—
Hurtowina Drogeryjna	400—430 + N	425—450 + A
Hurtownia Związkowa	525—500 + A	525 + A
Hurtownia Skór I.—II. Em.	1150—1125 + A	1150—1100 + N
Herzfeld-Viktorius	3300—3250 + N	3300—3350 + N
Juno	1350 + A	1350 + A
Lakoma	—,—	1150 + N
Luban, Fabryka przetw. ziemn.	28500-29000 + N	30000-31500 + N
Dr. Roman May	9500—9300 + N	9500—9750 + N
Młyny i Tartaki Wągrow. I.—II. Em.	2300 + N	2400—2600 + N
Młyn Ziemiański	1850 + A	1850—1825 + A
Orient	700—675 + A	650 + A
Płótno	1200 + A	—,—
Papiernia, Bydgoszcz	2200—2500 + N	2900—2950 + A
Patria	1800 +	1850—1800 + A
Pozn. Spółka Drzewna I.—VI. Em.	2825—2900 + A	3000—2925 + A
Spółka Stolarska	2700—3000 + A	3000 + A
Słoma	1150 + A	—,—
Tkanina	1550—1500 + A	—,—
Tri	900 + N	900 + A
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	4200 + A	4200 + A
Waggon Ostrowo	2300—2350 + A	2200—2250 +
Wisła, Bydgoszcz	—,—	4300—4500 + N
Włókno	—,—	850 +
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em.	900-950-925 + A	925 + A
Zjedn. Browary Grodziskie	5000 + A	5000—5100 + N

Valuten und Devisen:

Auszahlung Berlin 197½—210. Umsatz: 6 400 000 dtsch. M. Dollars 20 000, Franz. Franks 1350, Pfd. Sterling 94 400.

A — Angebot, N — Nachfrage, + = Umsatz.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 10. Januar 1923.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	83 000—86 000	Felderbsen	70 000— 80 000
Roggen	59 500—62 500	Viktoriaerbsen	100 000—110 000
Braugerste	48 000—50 000	Getreidestroh, lose	14 000— 15 000
Hafer	50 000— 53 000	„ gepr.	17 000— 18 000
Weizenmehl 65%	125 000—130 000	Heu, lose	12 000— 13 000
Roggenmehl 70 % (inkl. Säcke)	93 000—98 000	„ gepr.	15 000— 16 000
		Serradella	100 000—120 000
Weizenkleie	36 000	Buchweizen	43 000—48 000
Roggenkleie	35 000	Fabrikkartoffeln	4 000— 4 400

Bedeutende Nachfrage und schwache Zufuhr. — Stimmung: fest.

Posener Viehmarkt vom 10. Januar 1923.

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. **Rinder: Färsen und Kühe:** I. Sorte 220 000—240 000 M., II. Sorte 170 000—190 000 M., III. Sorte 120 000—140 000 M. — **Kälber:** I. Sorte 240 000—250 000 M., II. Sorte 200 000 bis 220 000 M.

II. **Schafe:** I. Sorte 160 000—170 000 M.

III. **Schweine:** I. Sorte 390 000 M., II. Sorte 370 000 M., III. Sorte 300 000—350 000 M.

Der Auftrieb betrug: 683 Rinder, 225 Kälber, 184 Schafe, 732 Schweine. — Tendenz: lebhaft.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß wir von heut ab die Viehmarktnotierungen nach je 100 Kilogramm, statt bisher 50 Kilogramm wiedergeben. Ferner ist eine irrtümliche Notiz vom 3. d. Mts. dahin richtigzustellen: Schafe notierten nach je 50 Kilogramm erste Sorte 65 000 bis 67 500 M., zweite Sorte 60 000—62 000 M.

Offizielle Warschauer Börse vom 9. Januar.

Valuten:

Dollar	20 300, 20 700, 20 350
Deutsche Mark	2.00.

Devisen:

Belgien	1230, 1250, 1245	Paris	1345, 1365, 1357½
Berlin	1.87½, 1.82½, 1.92, 1.90	Prag	3800, 3880
Stockholm	—,—	Schweiz	—,—
Danzig	1.87½, 1.82, 1.92, 1.90	Wien	30, 25, 30
London	92 750, 94 700, 94 350	Holland	8075
Neuyork	20 500, 20 300	Italien	1000, 1100, 1015, 1005

Danziger Mittagskurse vom 10. Januar.

Die polnische Mark in Danzig	49—49½
Der Dollar in Danzig	10 400—10 500

Frauenzeitung des Posener Tageblatts.

Weibliche Berufe in Polen.

(Fortsetzung.)

1. Hauswirtschaftliche Ausbildung.

Die Wertung hauswirtschaftlicher Kenntnisse hat sich in der Gegenwart erfreulich gesteigert. Wenn heute eine junge Frau ohne jede Erfahrung den eigenen Haushalt zu führen beginnt und dann die gröbsten Fehler macht, erntet sie nicht mehr wie noch vor kurzem ein nachsichtiges Lächeln, sondern Kopfschütteln und Spott. Wir sind glücklicherweise zur Weisheit unserer Großmütter zurückgekehrt, daß es für eine Frau ebenso wichtig sei, Strümpfe zu stopfen und einen Braten zu machen, wie Sprach- und Literaturkenntnisse zu besitzen. In der Zwischenzeit jedoch hat sich die Führung des Haushalts stark verändert und ist so vielgestaltig geworden, daß auch die Ausbildung dafür eine ganz andere geworden ist. Lernten früher die Mädchen alles Nötige im elterlichen Hause von der Mutter, so vollzieht sich die Schulung jetzt meist außer dem Hause. Vor dem Kriege in glücklicheren Zeiten blühten die Haushaltungsschulen jeder Art. Augenblicklich haben die Wirtschaftsstunden in den Schulen in Deutschland und die Fortbildungsschulen diese Aufgaben übernommen. Ja, obwohl die tüchtigen Hausfrauen und Mütter noch immer mit Recht stolz sind auf ihre Erfahrung und die Tradition ihres Haushalts, ziehen sie es doch vor, ihre Töchter außerhalb die wirtschaftlichen Kenntnisse erwerben zu lassen, weil es gründlicher, ausdauernder und mit weniger Schonung des Töchterleins geschähe.

Die hauswirtschaftliche Ertüchtigung unserer weiblichen Jugend in Polen ist eine ernste Pflicht, deren sich die Gesamtheit der Frauen bewußt ist. Die Tradition des deutschen Hauses, die wir hier aufrecht zu erhalten haben, hängt davon ab, wie wir die Schwierigkeiten dabei, die in der Zeit und in den Verhältnissen liegen, überwinden. Denn darüber herrscht Klarheit: die Ausbildung muß hier in unserm Gebiet geschehen, unserer besonderen Lage angepaßt sein. Die Frau, die hier in Polen ein Haus führen soll, muß Land und Leute, Bedürfnisse und Hemmungen kennen, wie dem Bauer die Scholle vertraut sein muß, die sein Pflug beackert. Darum müssen die Möglichkeiten hauswirtschaftlicher Berufsausbildung hier bei uns bereitgestellt und geschaffen werden. Die augenblicklich noch vorhandenen Haushaltungsschulen Scherpingen (Szczerbięcin, Trzew) und Janowitz (Janowiec, Powiat Zniński), die Lehrgänge, die verschiedentlich an andere Anstalten angegliedert sind, die mannigfachen Wanderkurse, so dankenswert jeder Versuch dieser Art ist, sie reichen bei weitem nicht aus für die große Anzahl von Mädchen, die auszubilden ist. Darum muß ein Aufruf an die Gesamtheit der deutschen Frauen in Polen ergehen, sich verpflichtet zu fühlen, an der Erziehung der Mädchen mitzuarbeiten und von den eigenen Kenntnissen mitzuteilen. Diesem Wunsche kommt die Anregung einer Landfrau entgegen, die uns hoffnungsvoll zeigt, wie tief die Notwendigkeit dieser Aufgabe gefühlt wird. Das Wertvollste an diesem Vorschlag ist, daß er bereits erprobt ist und darum einen gangbaren Weg zeigt. Frau von Wendorff in Mielno schreibt:

„An den deutschen Frauenverein Gnesen treten wiederholt junge Mädchen aus bäuerlichen Kreisen mit der Bitte heran, ihnen Gutshaushaltungen nachzuweisen, in denen sie Kochen und Haushaltungsarbeiten lernen können. Leider finden sich nur selten Hausfrauen hierfür bereit, weshalb ich das Interesse der Leserinnen einmal auf diese wirklich lohnende Aufgabe lenken möchte.

Ich habe seit Jahren über Sommer solch ein junges Mädchen, schlicht um schlicht, zur Unterstützung der Wirtin im Hause. Es wird ganz der Wirtin beigesellt, der für die erhöhte Arbeit im Sommer solche Hilfskraft willkommen ist.

Um alle Zweige des Haushalts kennen zu lernen, springen die jungen Mädchen überall willig ein, wo nötig: im Kinder- und Nähzimmer, bei Wäsche und Gartenarbeit. Im Vordergrund muß aber das Kochenlernen bleiben.

Die Haushaltungsschulen sind für viele junge Mädchen zu teuer, bieten auch nicht solche vielseitige und praktische Lerngelegenheit wie ein größerer Gutshaushalt, auch sehen und hören die jungen Mädchen in einem deutschen Hause noch manches, was für die zukünftigen deutschen Mütter von bleibendem Wert ist.

Es sollte un herzlich freuen, wenn einige Hausfrauen sich der dankenswerten Aufgabe unterziehen möchten, auf diese Weise die hiesige Ausbildung unserer jungen Mädchen vom Lande zu ermöglichen."

Sicherlich wird dieser Mahnruf an die deutschen Landfrauen, der ebenso an die deutschen Pfarrfrauen und schließlich an jede tüchtige Hausfrau gerichtet ist, nicht ungehört verhallen, und es werden sich zahlreiche Meldungen von ebenso verantwortungsbewußten Frauen einfinden. Wohl darf man die Aufgabe nicht zu leicht nehmen. Das junge Mädchen muß ja angelernt und unterwiesen werden, auch muß es Liebe fühlen und darf keine Vereinsamung merken. Der Takt der Hausfrau muß ihm die richtige, der Bildung und geistigen Richtung angemessene Stellung im Hause anweisen. Alles das ist nicht immer leicht, aber dankbar ist die Arbeit gewiß, und sie wird dazu dienen, die hiesigen Deutschen noch näher miteinander zu verknüpfen.

Zur praktischen Durchführung sollen auf die beiderseitigen Meldungen hin Fragebogen ausgefüllt werden, die über alles Wissenswerte aufklären, damit auch die richtige Lehrmeisterin und der richtige Lehrling zusammenkommen und die Arbeit ohne große Verzögerung aufgenommen werden kann. Als Mittelstelle ist vom Frauenausschuß der Deutschtumsbünde die Geschäftsstelle des Frauenbundes Posen, Waly Leszczyńskiego 2, bestimmt worden, die zahlreiche Angebote besonders von bereitwilligen Hausfrauen erbittet, da schon mehrere junge Mädchen Wünsche nach Lehrstellen besonders auf dem Lande geäußert haben. L.

(Fortsetzung folgt.)

Ehekunst.

Ein Buch für Frauen.

Im rührigen Felsen-Verlag, Buchenbach, der uns so manches wertvolle, Lebensgestaltung und Persönlichkeitskultur fördernde Werk vermittelt hat, ließ die bekannte Schriftstellerin Anna Kappstein ein Büchlein der „Ehekunst" erscheinen. Mit weiblicher Feinfühligkeit verbindet sich in ihm sachlich-klare Erkenntnis dessen, worauf es ankommt, in seelischer wie praktischer Hinsicht. So hoch die Verfasserin die seelische Grundlage der Ehe wertet und im harmonischen Zusammenklingen seelischer Wesenverwandtheit die Vorbedingung wahrhaften ehelichen Glückes sieht, vergißt sie darüber nicht die tausend mitbestimmenden Faktoren der materiellen Notwendigkeiten, der Umwelt, der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen unserer Zeit. Sein Wirklichkeitssinn verleiht dem Buch einen besonderen Wert. Für die gerade heute vielerörterten Fragen wie „Heiratszeugnis" und „Ehevermittelung" findet Anna Kappstein kluge Worte. Sie sagt dazu:

„Von Volkswirten und Medizinern, vor allem von solchen, die den Rassenaufbau und die Rassenveredelung vertreten, wird das ärztliche Heiratszeugnis gefordert. Seine Verweigerung würde den Eheschluß verhindern. Menschen mit übertragbaren und erblichen Krankheiten würde durch die Ehe verboten sein. Das kann eine persönliche Härte bedeuten, würde indes, wäre es durchführbar, dem Volkswohl dienen. Auch viele Ärzte zweifeln an seiner Durchführbarkeit. Denn niemand kann die von der Ehe Ausgeschlossenen überwachen, daß sie nicht in außerehelichem Verkehr das andere Geschlecht und die Nachkommenschaft verseuchen. Aus diesem Grunde verlangt der Frauenarzt Dr. Max Hirsch das ärztliche Heiratszeugnis nicht zum Zweck behördlicher Erlaubnis oder Verweigerung des Eheschlusses, sondern zur Aufklärung der Ehewilligen über Wesen und Zweck der Ehe und damit zur Erweckung ihrer persönlichen Verantwortlichkeit. Also eine sittliche Einwirkung in Form einer Eheberatung durch den Vertrauensarzt. Die Bescheinigung der staatlich vorgeschriebenen ärztlichen Untersuchung wäre den übrigen Personalausweisen zu Händen des Standesbeamten beizufügen ohne Rücksicht auf den Inhalt des eigentlichen Heiratszeugnisses. Dieses bleibt in der Urschrift in der Hand des Eheberaters und wird auf Wunsch dem Untersuchten in beglaubigter Abschrift übergeben. Nur in den vereinzelten Fällen offenkundiger geschlechtlicher Ansteckungsgefahr soll die Bescheinigung nicht erteilt, dafür der Rat zum Eheaufschub gegeben werden."

Zur Frage der Heiratsvermittlung nimmt die Verfasserin folgenden Standpunkt ein:

„Es ist nicht gleichgültig, wo und wie zwei Menschen sich kennen lernen, die ein ganes Leben teilen wollen und Tag und Nacht sich vor einander nicht verstecken können. Der Heiratsmarkt der Bälle wurde zum Teil durch den Gelegenheitsmacher Sport abgelöst, der den künftigen Paaren ein unbefangenes Sichkennenlernen ermöglicht. Gemeinsame Berufstätigkeit, scheinbar ein dürrer Acker, wird vielen zum blühenden Garten, in dem ihnen holde Verbundenheit sprießt. Charaktereigenschaften treten dabei unverhüllter zutage als im gesellschaftlichen Leben, das überall mehr oder weniger auf schönen Schein abgestellt ist. Ganz Vorsichtigen dünkt die Familie der sicherste Boden, auf dem der Heiratslustige das Mädchen seiner Wahl in ihrer Verwurzelung und ihrem Gedeihen beobachten mag. Wenn die Mütter nicht wären! Die den Schwiegersohn fangen will, weiß auch das Familienleben zur Bühne zu machen, auf der das Töchterchen von Scheinwerfern zauberisch umschmeichelt wird.

Dennoch ist die Umwelt wichtig. Auch bei starken Naturen, die entschlossen sind, von unwillkommenen Einflüssen sich zu lösen. Das geistige Erbteil der Familie ist zählebig. Eine schlechte Kinderstube ist schwer zu überwinden.

Jeder Stand hat seine eigenen Sitten, sogar seinen eigenen Sittlichkeitsbegriff. Wenn sich zwei aus ungleichen Ständen zur Ehe binden und der eine Teil auch vorurteilslos genug ist, den anderen unter keiner Herablassung leiden zu lassen: außerhalb der Stunden und nach den Zeiten der Leidenschaft wird in allen Lebensbeziehungen das Werturteil der beiden über Menschen und Dinge von einander abweichen. Dieser Kampf der Anschauungen stellt die Liebe auf keine geringe Probe. Gemeinsame Grundauffassung des Weltbildes räumt Angriffspunkte aus dem Wege.

Es ist Märchenromantik, wenn die Gänsehirtin Frau Königin wird. Auf unserem Planeten voller Probleme und verwickelter Pflichten bietet die ungefähr gleichartige Kulturhöhe der Eheleute dauerndere Glücksgewähr als das romantische Überspringen der Klüftungen zwischen den Ständen.

Weshalb die berufliche Heiratsvermittlung oder das Suchen „auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege", nämlich durch Zeitungsanzeige, nicht unbedingt zu verwerfen ist. Denn die äußeren Umstände der Glücksmöglichkeiten können bei solcher Vernunftwahl genau ins Auge gefaßt werden, und es ist nicht ausgeschlossen, daß bei dieser Prüfung auch innere Übereinstimmung sich ergibt, die zu Anziehung und Zuneigung wird.

In dieser Hinsicht beschäftigen sich bereits öffentliche Verbände mit der Milderung der Ehenot durch amtliche Vermittlung. Auch das sind erst Versuche, die sich zum Teil mit den Vorschlägen einer zwangsweisen hygienischen Eheberatung treffen, zum Teil sich auf das gesellschaftliche und seelische Gebiet beschränken. Wenigstens in Deutschland, wo der Nervenarzt Dr. Placzek nachwirkende Anregung gab. In Frankreich geht man zugunsten der Bevölkerungspolitik schon weiter. Dem Senat wurde ein Entwurf eingebracht, der auf die Einführung von Zwangsehen zielt. Danach muß jeder Staatsbeamte verheiratet sein oder sich verpflichten, bis zum 25. Jahr in die Ehe zu treten. Ledige Männer sollten einen doppelten Militärdienst ableisten. Beamte rücken nach der Anzahl ihrer Kinder im Range auf. In Deutschland unternahm es die Magdeburger Kriegswohlfahrtspflege auf Grund von Urkunden und Erhebungen eine Ehevermittlung für Kriegerwitwen einzuleiten. Entschlossener regt sich der Berliner Volkskraftbund. Er errichtete ein Eheberatungskollegium, das nach dem Muster der Wiener vom Minister a. D. Mataja und Universitätsprofessor Dr. Streyter ins Leben gerufenen Ehevermittlungsstelle arbeitet. In beiden Fällen sollen Herren und Damen, die kein „Gewerbe" daraus machen, Bekanntschaften und Beziehungen Ehelustiger ermöglichen, doch so, daß die Auswahl nach Photos und Urkunden über Lebens- und Bildungsgang, Beruf und Gesundheit erfolgt. Nach erster Auswahl aus genau geführten Listen wird Gelegenheit zum Briefwechsel und zu persönlicher Bekanntschaft geboten. Übrigens soll schon im alten Babylon eine öffentliche Versteigerung der heiratsfähigen Mädchen stattgefunden haben. Solcher öffentlichen Ehepolitik ist gegenwärtig ihr Recht nicht zu bestreiten, auch wenn sie zarte Seelen abstößt. Es wird ihr zu danken sein, daß durch die Gründlichkeit ihrer Vorlagen mancher Fehlgriff vermieden wird, den Unerfahrenheit und kurzdenkliche Verliebtheit tun, und daß nur achtungswerte Personen zusammengeführt werden."

Die Beseitigung kleiner Schäden im Haushalt

Sparsamkeit jedes Einzelnen kommt der Gesamtheit der Mieter zugute. Gerade an der Wasserleitung zeigen sich sehr oft kleine Schäden, die einen Verlust an Wasser zue Folge haben. Hier also ist vor allen Dingen bei den außerordentlich hohen Reparaturkosten Selbsthilfe am Platze; mit ein bißchen gutem Willen läßt sich viel erreichen. Allerdings muß man sich auch ein wenig mit den Gebrauchsgegenständen vertraut machen, dann kann man leichter selbst beurteilen, wo der Schaden sitzt und wie ihm beizukommen ist.

Schließt zum Beispiel der Hahn an der Wasserleitung nicht mehr fest, und artet das Tropfen in ein ständiges Fließen aus, so geht dadurch eine ganz gewaltige Menge Wasser verloren, ganz abgesehen von der Gefahr einer Überschwemmung. Die Ursache ist in solchem Falle zumeist in einem Defekt der Gummischeibe zu suchen, die allerdings infolge der Gummiknappheit in vielen Fällen einer Lederscheibe hat weichen müssen. Diese Leitungsscheibe muß durch eine neue ersetzt werden, die in jeder Eisenwaren- oder sonstigen Handlung mit Haushaltungsgegenständen zu haben ist. Nach Absperrung des Wassers durch Schließung des Haupthahns wird der Leitungshahn herausgeschraubt. An dessen unterem Ende befindet sich eine Mutterschraube. Diese muß mit Hilfe einer Zange abgeschraubt werden. Dadurch liegt die schadhafte Leitungsscheibe frei. Man entfernt diese nun, ersetzt sie durch eine neue, die man zwischen Metallscheibe und Mutterschraube auflegt, zieht letztere straff an und bringt den Hahn wieder an seine alte Stelle.

Die Verstopfung der Leitung am Ausgußbecken gehört auch nicht gerade zu den Annehmlichkeiten, sie läßt sich aber ebenfalls leicht ohne fremde Hilfe beseitigen. Das Ableitungsrohr hat die Gestalt eines Knies. An der tiefstgelegenen Stelle ist ein Verschluß in Gestalt einer Flügelschraube angebracht. Diese schraubt man mit Hilfe einer Zange heraus, nachdem man vorher ein Gefäß untergestellt hat, in welches das aufgestaute Wasser abläuft. Man bedient sich nun eines starken, doch biegsamen Drahtes, der den Windungen des Leitungsrohres zu folgen vermag, und fährt nun mit diesem nach beiden Seiten so lange in dem Rohre entlang, bis man alle Unreinlichkeiten daraus entfernt hat. Man wird sich wundern, welche Mengen von Unrat man aus dem Rohre herausholt. In der Hauptsache werden es Abfälle von Scheuertüchern sein, doch auch andere, festere Substanzen setzen sich im Laufe der Zeit fest und verhindern den Abfluß. Nach völliger Reinigung des Rohres wird die Verschlußschraube wieder eingesetzt, doch tut man gut, das Gewinde vorher dick mit Mennige zu bestreichen, da dadurch einem Einrosten der Schraube vorgebeugt wird.

Etwas umständlicher gestaltet sich das Verfahren bei der Beseitigung einer Verstopfung des Abflußrohres am Abwaschtisch, weil hier das Rohr eingebaut ist, man also nicht, wie im vorigen Falle, sich mit Draht behelfen kann. Man verbindet zu diesem Zwecke die Rohrleitung durch einen Gummischlauch mit der engen Öffnung eines Trichters. Damit der Schlauch durch die Gewalt des Wassers nicht abgerissen wird, empfiehlt es sich, ihn an beiden Enden fest anzubinden. Man drückt den umgestülpten Trichter mit seiner weiten Öffnung fest auf den Boden des Abwaschtisches und öffnet den Leitungshahn, erst nur ein wenig, dann allmählich mehr, bis das Wasser schließlich mit voller Wucht durch den Schlauch läuft. Durch den hierbei erzeugten Druck wird der Schmutz aus dem Rohr gespült. — Nicht selten ist die Verstopfung zum Teil darauf zurückzuführen, daß an den Innenwandungen des Abflußrohres sich Fettsubstanzen, die von den abgewaschenen Tellern und Töpfen herrühren, abgesetzt haben und dort erstarrt sind, so daß allmählich eine Verengerung des Rohres eingetreten ist. Dies ist namentlich im Winter häufig der Fall, wenn die Abkühlung des Abflußwassers sehr rasch erfolgt. Hier tut heißes Wasser gute Dienste, das man längere Zeit durch das Rohr laufen läßt. Das Fett wird dabei erweicht, aufgelöst und hinweggespült.

Keinen geringen Schreck verursacht es der Hausfrau, wenn die Badewanne läuft, und das Gefühl des Schreckens steigert sich noch, und die Erscheinung gewinnt etwas Geheimnisvolles, wenn man trotz allen Suchens nirgends in der Wanne ein Leck als vermeintlichen Herd der Überschwemmung finden kann. Bei näherer Untersuchung stellt sich dann schließlich heraus, daß die Sache in Wirklichkeit gar nicht so schlimm ist. Die Badewanne selbst ist vollkommen heil, sie ist aber durch irgend welche äußere Einwirkung von ihrem Standort, wenn auch nur ganz wenig, verrückt worden. Dieses „ganz wenig" genügt aber, den Wasserauslaß vom Abflußrohr zu verschieben, und die Folge davon ist, daß sich ein Teil des Wassers aus der Wanne, nach der Entfernung des Stöpsels, in die Badestube ergießt. Bei der „laufenden" Badewanne sehe man vor allen Dingen also nach, ob die Abflußvorrichtung in Ordnung ist. Sind Ausfluß und Rohr verschoben, so muß letzteres durch entsprechendes Rücken der Wanne wieder ordentlich eingepaßt werden, und der Fehler ist behoben.

Umschau.

Die erste Dozentin an der Warschauer Hochschule. Am 28. November fand die Nobilitierung der Frau Cäsarie Baudouin de Courtenay-Ehrenkreutz auf Grund einer Abhandlung über das Thema: „Das Echo der polnisch-russischen Beziehungen im großrussischen Volksepos" statt. Frau Ehrenkreutz studierte in Petersburg und war im Westen Europas und in Griechenland wissenschaftlich tätig, wobei sie sich besonders auf die Volkskunde konzentrierte.

Frauenarbeit und Mutterschutz. Auf dem kürzlich in Wien abgehaltenen Soziologischen Kongreß brachte der italienische Publizist Leonardo Guagnano folgenden Antrag ein, der zum Beschluß erhoben wurde: 1. Die Frau soll jedweden Beruf ausüben und in jedwedem Zweig menschlicher Tätigkeit beschäftigt werden können. 2. Bei gleicher Arbeit soll das Gesetz der Frau auch die gleiche Entlohnung wie dem Manne gewährleisten. 3. Die Funktion der Erhaltung der Art entspricht zugleich der Verteidigung der Zivilisation. 4. In dem der Niederkunft voraufgehenden Zeitraum, währenddessen der Frau jede ermüdende Tagesarbeit untersagt sein soll, müßte die Familie aus den Mitteln eines Mutterschaftsfonds entschädigt werden, aus dem man auch das Stillen mit Muttermilch fördern sollte. 5. Die Überwachung der Frauenarbeit soll Inspektorinnen anvertraut werden, die unter solchen Frauen gewählt werden, die mit technischer und juristischer Ausbildung das Bewußtsein der hohen Funktion der Mutterschaft verbinden.

Die Frau als Richterin. Zu den vielen Neuerscheinungen, die uns das neue Jahr beschert hat, zählt auch das erstmalige Auftreten weiblicher Schöffen in Deutschland. So waren dieser Tage in zwei Abteilungen des Schöffengerichts Berlin-Mitte zwei Frauen als Schöffen geladen. In den zur Verhandlung kommenden Fällen handelte es sich ausschließlich um Hausklatsch zwischen Frauen. Die ersten weiblichen Geschworenen werden schon in der nächsten Zeit in einer Sitzung des Schwurgerichts des Landgerichts II Berlin in Funktion treten. Bei der Aufstellung der Schöffen- und Geschworenenlisten sind in Jena fünf Frauen als Schöffen und vier Frauen als Geschworene ausgelost worden.

Praktisches.

Emailliertes Kochgeschirr wieder hell zu machen, ohne daß die Glasur darunter leidet. Man tut etwas Pottasche und ebenso Chlorkalk zusammen in den dunkel gewordenen Topf, gießt drei Liter Wasser hinzu und stellt den Topf eine Zeitlang an einen warmen Ort. Das Geschirr wird wieder klar und rein.

Oelgestrichene Fenster und Türen zu reinigen. Man mischt einen Eßlöffel voll Salmiakgeist mit einem Liter kaltem Wasser, wäscht damit Fensterrahmen und Türen ab, spült mit reinem Wasser nach und trocknet mit weichen Tüchern gut ab. Die Arbeit muß etwas schnell geschehen, da die Gegenstände, um den Oelanstrich zu schonen, nicht allzu lange feucht bleiben dürfen; ebenso ist Seife oder warmes Wasser zu vermeiden, da die Farbe und der Glanz dadurch leiden.

Schutz gegen Rosten des Eisens. Ein gutes Mittel gegen das Rosten des Eisens ist das chromsaure Kali. Mit einer konzentrierten Lösung desselben werden die Eisenteile überstrichen. Nach dem Antrocknen der Lösung werden sodann die überstrichenen Teile in geeigneter Weise entweder in einem Ofen oder über Holzkohlenfeuer ein bis zwei Minuten erhitzt, wodurch eine Reduktion der Chromsäure eintritt. Die Dauer des Erhitzens läßt sich danach beurteilen, ob das Eisenstück beim Spülen im Wasser diesem eine gelbe Farbe gibt oder dasselbe ungefärbt läßt. Im ersteren Falle muß das Verfahren wiederholt werden. Durch einen vorhergehenden Versuch lernt man den erforderlichen Hitzegrad bald kennen. Steigert man denselben, so erhält man einen glänzenden schwarzen Überzug. Wird an Stelle des chromsauren Kalis bei gleicher Behandlungsweise eine Lösung von 60 Teilen Wasser, 1 Teil Salmiak und 20 Teilen Eisenvitriol verwendet, so erhält man ebenfalls einen schwarzen Überzug.

Rezepte.

Schmackhaftes Kürbisgemüse. Zwei Pfund feinwürflig oder mit dem Gurkenhobel streifgeschnittenen Kürbis dünstet man mit wenig leichtem Essigwasser halbgar, fügt eine hellgelbe Mehlschwitze, in der man eine große, kleinwürflig geschnittene Zwiebel dunsten ließ, etwas Milch, 1 Messerspitze Paprika, etwas Zitronensaft, 1 Teelöffel Appels Suppenwürze und 1 Teelöffel Zucker bei, läßt langsam sämig werden und reicht das Gemüse mit oder ohne Fleischbeilage, wie Frikandellen von gewiegtem Fleisch, Bratwurst, gebackene Leber oder Kuheuter zu Salzkartoffeln.

Schweizer Leberli mit Makkaroni. ¾ Pfund Makkaroni läßt man in 2 Liter Salzwasser auf dem Ofen in 20 Minuten, in der Kochkiste 1⅓ Stunden mit 5 Minuten Ankochen dick ausquellen. Inzwischen bereitet man aus hellbrauner Mehlschwitze mit ½ Liter kochendem Wasser, etwas Paprika und Salz eine dickliche Soße und stellt diese heiß. Kurz vor dem Auftragen brät man in bleistiftstarke Scheiben geschnittene Kalbsleber unter ständigem Wenden 5 Minuten in Speckfett oder Öl mit beigefügten Zwiebelscheibchen gar, legt sie auf eine heiße Platte, bestreut sie nun erst mit Salz, brät die Zwiebeln braun, gibt sie mit dem Bratfett über die Leber, bestäubt diese noch mit Pfeffer und trägt Makkaroni, Leber und Soße zusammen auf.